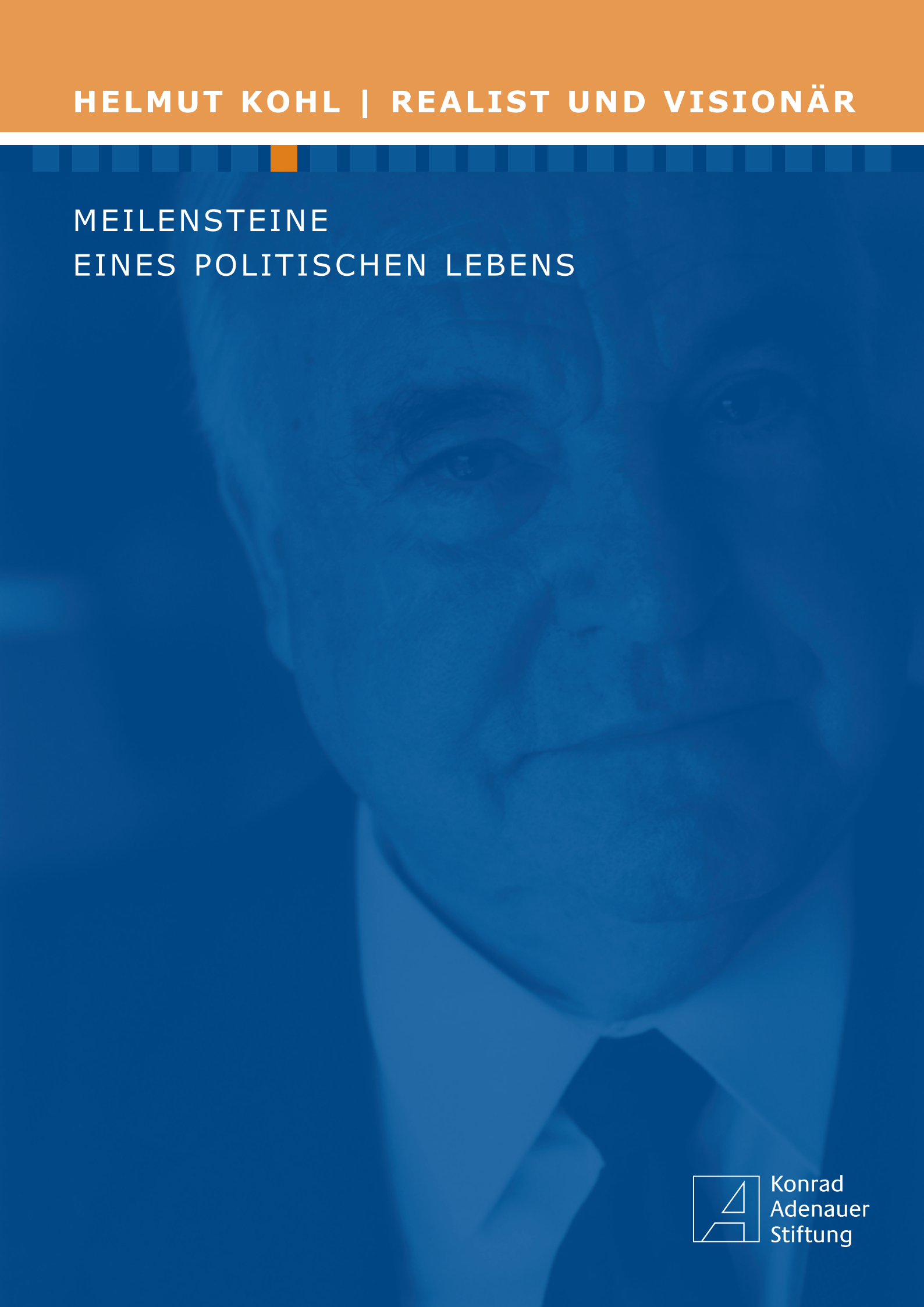
HELMUT KOHL | REALIST UND VISIONÄR

MEILENSTEINE EINES POLITISCHEN LEBENS



Konrad Adenauer Stiftung

3 | GRATULATION FÜR DEN EHRENBÜRGER EUROPAS
Hans-Gert Pöttering

5 | DER PLATZ IN DER GESCHICHTE IST IHM SICHER
Bernhard Vogel

7 | MEILENSTEINE: *Jugendjahre*

8 | DIE CDU IST HELMUT KOHLS POLITISCHE HEIMAT
Angela Merkel

12 | GRUSSADRESSE ZUM 80. GEBURTSTAG
George H. W. Bush

13 | MEILENSTEINE: *Politischer Aufstieg*

14 | DIE CDU UND HELMUT KOHL
Hans-Peter Schwarz

20 | DIE REFORMPOLITIK HELMUT KOHLS

24 | STRATEGE UND POLITISCHER BAUMEISTER
Henning Köhler

29 | MEILENSTEINE: *Landespolitiker*

30 | HELMUT KOHL – PATRIOT UND EUROPÄER
Jean-Claude Juncker

33 | MEILENSTEINE:
Parteivorsitzender und Oppositionsführer

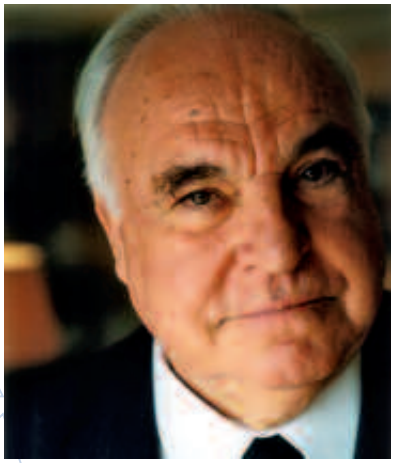
34 | EUROPÄISCHE INTEGRATION

35 | MEILENSTEINE:
Bundeskanzler in der alten Bundesrepublik

36 | DER KANZLER DER EINHEIT
Michael Stürmer

40 | PARTNER IN DER POLITISCHEN ARENA
Michail Gorbatschow

42 | MEILENSTEINE: *Kanzler der Einheit*



Gratulation für den Ehrenbürger Europas

Lieber Helmut Kohl,

aus ganzem Herzen, voller Dankbarkeit für Ihr Lebenswerk und alle Ratschläge, die wir immer wieder von Ihnen erhalten durften, gratuliere ich Ihnen im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Vollendung des 80. Lebensjahres am 3. April 2010.

Wir gratulieren Ihnen als dem einzigen lebenden Ehrenbürger Europas. Wir gratulieren Ihnen als einem großen deutschen Patrioten, leidenschaftlichen Christlichen Demokraten und europäischen Staatsmann. In der ganzen Welt werden Sie für Ihren persönlichen Einsatz für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Einheit Europas verehrt und bewundert. Sie sind Vorbild für viele, die sich in den jüngeren Generationen politisch engagieren. Sie haben ein Lebenswerk aus politischer Leidenschaft und öffentlicher Verantwortung geschaffen, das seinesgleichen sucht. Mit Ihrem inneren Kompass und politischen Instinkt, mit klaren ordnungspolitischen Vorstellungen und weitsichtigen Visionen haben Sie Deutschland und Europa verändert und geprägt. Dass wir heute in der längsten Periode des Friedens und der Freiheit in einem geeinten deutschen Vaterland und in einem aus freiem Willen vereinten Europa leben dürfen, verdanken wir in besonderer Weise auch Ihrem langen politischen Wirken. Sie haben Geschichte gemacht, und in den künftigen Geschichtsbüchern wird über Sie mit allerhöchster Wertschätzung, ja Bewunderung geschrieben werden.

Als Sie 1930 in Ludwigshafen das Licht der Welt erblickten, stand Deutschland noch immer unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges und seiner Folgen. Doch es sollte noch schlimmer kommen. Bald zogen die dunklen Wolken der nationalsozialistischen Barbarei und die schlimmen Grausamkeiten des Zweiten Weltkrieges auf. Die starken Prägungen Ihres Elternhauses halfen Ihnen, durch diese Prüfungen Ihrer Jugend unbeschadet hindurchzukommen und die wegweisenden Weichen für ein Leben aus politischer und gesellschaftlicher Verantwortung zu stellen: Familiensinn vor allem, ökumenische christliche Verantwortung mit katholischem Wurzelgrund, hartes Arbeiten an sich selbst, um durch Bildung zu sozial verpflichtenden Aufgaben zu finden, kommunales politisches Engagement, aus dem heraus der Einsatz für die Welt nur folgerichtig wurde

Von Ihrer letzten Begegnung mit Konrad Adenauer an dessen 91. Geburtstag zeugt ein Foto, das mehr sagt als viele Worte: Es ist das Bild der kraftvollen Staffelübergabe von einer Generation an die nächste. Sie haben in Ihren Erinnerungen geschrieben, dass Adenauer ein „Glücksfall für Deutschland" war. So trifft es auch für Sie selbst zu: Sie waren und Sie sind ein Glücksfall für Deutschland. Das Erbe Konrad Adenauers haben Sie überzeugender und nachhaltiger angetreten, bewahrt und gemehrt als jeder andere in der deutschen Politik. Diese klare Grundlinie Ihres politischen Denkens, verbunden mit einem starken

Willen zur politischen Gestaltung, hat Sie in Adenauers Nachfolge zur längsten Amtszeit eines Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland geführt.

In dieser Grundhaltung liegen der Respekt und die Wertschätzung begründet, die Sie sich nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und in aller Welt erworben haben: Geradlinigkeit in den Überzeugungen, Klarheit in den Aussagen, Verlässlichkeit im Handeln, Fähigkeit zur Freundschaft und zum Aufeinanderzugehen: Ihr Werk und Wirken als Staatsmann von überragender historischer Bedeutung gründen in diesen ebenso schlichten wie grundlegenden Charaktereigenschaften. Verwurzelt in den Werten der Christlichen Demokratie, haben Sie immer dafür Sorge getragen, dass christliche, liberale, soziale und konservative Aspekte eine organische Einheit finden konnten. So haben Sie die Christlich-Demokratische Union Deutschlands geführt, so haben Sie Deutschland regiert, so haben Sie Europas Einigung vorangebracht.

Die europäische Gemeinschaftswährung, der Euro, ist nicht nur eine starke Währung, die unterdessen in aller Welt als selbstverständlicher Stabilitätsfaktor anerkannt ist. Der Euro hat das Projekt der Einigung Europas sozusagen in die Hände jedes einzelnen Bürgers in der Europäischen Union gelegt. Gemeinsam mit François Mitterrand und anderen weitsichtigen politischen Führern haben Sie diese Großtat der europäischen Integration ins Werk gesetzt. Sie haben sich niemals von kleinlicher Kritik beirren lassen. Sie wussten jederzeit, dass die Richtung stimmt: Europa zu einer unwiderruflichen neuen Stufe der Integration zu führen und darin zugleich das Europa der Institutionen und Staaten mit dem Europa der Bürgerinnen und Bürger zu verbinden.

Heute steht die Europäische Union auf der stabilen Grundlage des Reformvertrages von Lissabon. Sie sind einer der bedeutenden Baumeister der Architektur, die wir heute an unsere Kinder und Enkel in 27 europäischen Nationen weitergeben können. Europa ist zu einem wichtigen Gestalter der Welt geworden. Sie haben in langen Jahren entscheidende Weichen gestellt, um dieses historische Werk Zug um Zug auf den Weg zu bringen. Wir gehen ihn heute als christdemokratische politische Familie weiter. Wir bleiben inspiriert und verpflichtet durch Ihr Lebenswerk, durch die Maßstäbe, die Sie und viele Mitstreiter Ihrer Generation für alle Zeiten gesetzt haben, und durch den kraftvollen Optimismus der Tat, der Sie persönlich als Visionär und Realisten in so unverwechselbarer Weise auszeichnet.

Die Europäische Union ist ein politisches Projekt von einzigartiger historischer Bedeutung. Es ist eine Union der Solidarität und des Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten. Wir spüren auch heute wieder, wie wichtig es ist, Europa als Einheit zu denken und politisch zu gestalten: Nur so bewahren wir, was Sie und Ihre Generation geschaffen haben. Nur so wachsen wir hinein in die Rolle, die in aller Welt von Europa erwartet wird. Nur so bleiben wir eine starke Union der Staaten und der Völker des vereinten Europa.

Sie haben das Glück der gelungenen politischen Wege sehr zu Recht persönlich erfahren dürfen. Jenseits aller Höhen und Tiefen auf dem langen Lebensweg, auf den Sie zurückschauen können, besteht Grund zur Genugtuung, zur Dankbarkeit und zum Optimismus: Sie haben ein Werk geschaffen, das vor der deutschen Geschichte besteht und diese in eine gute Richtung hin geöffnet hat. Das Buch der Geschichte wird neue Seiten füllen. Die Seiten, die Ihren Namen tragen, gehören zu denen, auf die wir Christlichen Demokraten, wir Deutsche, wir Europäer in besonderer Weise stolz sein dürfen. Wir sind es in Dankbarkeit Ihnen gegenüber, und wir sind es mit dem Versprechen, die Staffel weiterzutragen, die Sie uns übergeben haben.

Ich gratuliere Ihnen aus ganzem Herzen und wünsche Ihnen in großer Dankbarkeit für die vor Ihnen liegende Zeit Gottes Segen, Gesundheit und reiche persönliche Freuden.

Ihr Hans-Gert Pöttering
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Der Platz in der Geschichte ist ihm sicher

Bernhard Vogel

Das Bild hat sich geklärt. Vieles von dem, was in der Vergangenheit über Helmut Kohl geschrieben wurde, ist zu Makulatur geworden. Niemand leugnet mehr, Helmut Kohl ist einer der großen Staatsmänner unserer jüngeren deutschen Geschichte. Bismarck hat Deutschland geeint, mithilfe einer siegreichen Armee am Ende eines Krieges. Adenauer hat die „zweite Chance" (Fritz Stern), die uns Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg geschenkt wurde, genutzt und die Fundamente für ein demokratisches Deutschland gelegt, hat die Freiheit Westdeutschlands gesichert, um am Ende die Einheit in Freiheit für ganz Deutschland möglich zu machen. Kohl hat den Kairos, den richtigen Zeitpunkt, erkannt und die Einheit Deutschlands verwirklicht. Und er hat die europäische Einigung unumkehrbar gemacht. Seine Verdienste stehen nicht mehr infrage. Seinen Platz in der Geschichte wird ihm niemand mehr nehmen.

Der Weg Helmut Kohls war lang und dornenreich. Dreißig Jahre rheinland-pfälzischer Politik lagen hinter ihm, als er – seit 1973 in der Nachfolge von Rainer Barzel als Parteivorsitzender der CDU – mit seinem erstaunlichen Erfolg bei der Bundestagswahl von 1976 nach Bonn ging und infolge der Rücknahme des Kreuther Trennungsbeschlusses durch Franz Josef Strauß zunächst Oppositionsführer wurde. „Die Jahre als Oppositionsführer, insbesondere die Zeit von 1976 bis 1980, waren für Kohl eine Zeit der Prüfung, wie sie bislang kein Kanzlerkandidat in seiner bundesrepublikanischen Karriere bestehen musste." So resümiert Wolfgang Jäger, der Freiburger Politikwissenschaftler und renommierte Zeithistoriker. Jahre der Konfrontation mit Willy Brandt und Helmut Schmidt und oft zermürbende Auseinandersetzungen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten begannen. Zur Bundestagswahl 1980 konnte Kohl seinen Kanzlerkandidaten Ernst Albrecht nicht durchsetzen. Franz Josef Strauß kandidierte für die Union, und in der Quick, damals eine weithin gehörte Stimme in der deutschen Presselandschaft, konnte man lesen: „Damit ist der unaufhaltsame Abstieg des Politikers Kohl programmiert. […] Das ist zugleich der Anfang vom Ende des Politikers Kohl. […] Die Ära Kohl geht unweigerlich zu Ende." (7. Juni 1979)

Das Wahlergebnis für Strauß reichte an das von Kohl erzielte nicht heran. Und doch – Ironie der Ereignisse:

Auf der Basis dieses Ergebnisses wurde Kohl zwei Jahre später Bundeskanzler. Im September 1981 prognostizierte der Stern erneut den „Anfang vom Ende der Ära Kohl". Er habe „die einmalige Chance verspielt, dem am Streit um die Haushaltsmisere zerrütteten Bonner Regierungsbündnis mit überzeugenden Alternativen den entscheidenden Schlag zu versetzen". Als er am 1. Oktober 1982 als Nachfolger von Helmut Schmidt zum Bundeskanzler gewählt wurde, prophezeiten ihm viele Zeitgenossen nur eine kurze, vorübergehende Amtszeit. Im September 1989, knapp zwei Monate vor dem Fall der Berliner Mauer – Kohl war seit sieben Jahren Bundeskanzler und hatte die Bundestagswahlen von 1983 und 1987 erfolgreich bestanden –, kam es auf dem Bremer Bundesparteitag der CDU zu einer Revolte aus den eigenen Reihen. Man wollte ihn zunächst als Parteivorsitzenden stürzen, aber danach auch als Kanzler ablösen. Er überstand diese Attacke und wurde zum Kanzler mit der längsten Amtszeit; mit sechzehn Jahren übertraf er sogar seinen großen Vorgänger Konrad Adenauer. Er wurde zum Kanzler der deutschen Einheit und zum Baumeister der Einigung Europas. Als er 1998 aus dem Amt schied, ernannte man ihn zum Ehrenbürger Europas.

Aus Anlass seines achtzigsten Geburtstages haben neue Publikationen über Helmut Kohl Konjunktur, Fernseh- und Hörfunksendungen ziehen Bilanz, ungezählte Würdigungen füllen die Tageszeitungen und Wochenmagazine. Niemand bestreitet mehr die Bedeutung seines Lebenswerkes. Heribert Schwan und Rolf Steininger kommen in ihrer neuen Kohl-Biografie zu dem Ergebnis: „Selbst die schärfsten Kritiker können nicht umhin, seine staatsmännische Leistung anzuerkennen."

Vieles spricht dafür, dass spätere Generationen in Helmut Kohl vor allem den Einiger Europas und erst in zweiter Linie den Kanzler der deutschen Einheit sehen und würdigen werden. Die Wiedervereinigung Deutschlands hat einen ganz und gar widernatürlichen Zustand beendet und jene Normalität wiederhergestellt, die der durch Hitler mutwillig vom Zaun gebrochene Zweite Weltkrieg unterbrochen hatte. Schon die heute heranwachsende Generation, der die eigene Erinnerung an die Teilung Deutschlands fehlt, hat Mühe zu verstehen, dass eine unsinnige Grenze über vierzig Jahre Deutsche von Deutschen trennte. Spätere Generationen werden in der Wiedervereinigung eine selbstverständliche historische Notwendigkeit sehen. Die Einigung Europas aber hat etwas Neues, etwas so noch nie Dagewesenes geschaffen: Einen demokratischen, europäischen Verbund von siebenundzwanzig souveränen Staaten, weithin ohne Grenzen und überwiegend mit einer gemeinsamen Währung. Kriege, wie sie die Menschen über Jahrhunderte erleiden mussten, sind in diesem Europa unvorstellbar geworden. Dass die versöhnende, friedensstiftende Idee der drei Väter der Römischen Verträge von 1957, von Robert Schumann, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer, ein halbes Jahrhundert später für nahezu ganz Europa Wirklichkeit werden konnte, dass auch die Staaten Ost-Mitteleuropas zu gleichberechtigten Mitgliedern der Europäischen Union wurden, das ist vor allem Helmut Kohls Verdienst.

Helmut Kohl ist Pfälzer. Sein ganzes Leben lang war und ist er mit seiner pfälzischen Heimat aufs Engste verbunden. Auch seinen achtzigsten Geburtstag hat er in der Pfalz, in Ludwigshafen, gefeiert. Gezeichnet von den Folgen seines schweren Unfalls, aber hellwachen Geistes. Er hat es oft von sich gesagt, und es stimmt: Die Pfalz ist seine Heimat, Deutschland sein Vaterland, Europa unsere Zukunft.

HK MEILENSTEINE

JUGENDJAHRE

Helmut Kohl wurde am 3. April 1930 in Ludwigshafen geboren. Sein Vater, der Finanzbeamte Hans Kohl (1887-1975), stammte aus einer bäuerlichen Familie mit elf Kindern in Unterfranken. Über die aus Ludwigshafen-Friesenheim stammende Mutter, Cäcilie Schnur (1890-1979), fand die Familie in der Pfalz ihr zu Hause. Kohl wuchs mit zwei älteren Geschwistern auf: Hildegard (1922-2003) und Walter (1926-1944).

Im christlich-katholischen Elternhaus wurden religiöse Toleranz und Patriotismus vermittelt, gleichzeitig jedoch eine kritische Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus gewahrt. Pflichtbewusstsein, Fürsorge und Hilfsbereitschaft prägten das Miteinander. Der Beruf des Vaters sorgte für eine ausreichende materielle Basis, nicht aber für Wohlstand und sorgenfreies Leben. Auf die Ausbildung wurde jedoch stets Wert gelegt.

3. April 1930 | Geburt in Ludwigshafen

1936 – 1940 | Besuch der Volksschule in Ludwigshafen-Friesenheim

1940 – 1943 | Oberrealschule in Ludwigshafen

1944/45 | Evakuierung nach Erbach im Odenwald und nach Berchtesgaden, nach Kriegsende Fußmarsch zurück nach Ludwigshafen

1946/47 | Mitbegründer der Jungen Union in Ludwigshafen und Eintritt in die CDU

1950 | Abitur in Ludwigshafen

1950 – 1956 | Studium der Geschichte und Rechtswissenschaft in Frankfurt/Main sowie der Geschichte und der Staatswissenschaften in Heidelberg

1956 – 1958 | Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg; Promotion zum Dr. phil. mit der Arbeit „Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945"

Der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands gehört Helmut Kohl seit dreiundsechzig Jahren an. Er war fünfundzwanzig Jahre ihr Bundesvorsitzender und vierundvierzig Jahre Abgeordneter im Landtag von Rheinland-Pfalz und im Deutschen Bundestag. Helmut Kohl war acht Jahre Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und sechzehn Jahre Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Diese kurze Aufzählung wichtiger Fakten des politischen Lebens Helmut Kohls lassen seine immense Schaffenskraft und seine tiefe Verbundenheit zur Christlich-Demokratischen Union erahnen. Aber solche Jahreszahlen reichen nicht aus, seine tatsächliche Lebensleistung zu würdigen. Es lässt sich kaum ermessen, wie viele Entscheidungen und wie viel Gestaltungskraft mit sechs Jahrzehnten politischer Arbeit verbunden sind.

Die CDU ist Helmut Kohls politische Heimat

Angela Merkel

„Helmut Kohl hat vorgemacht, wie aus der Vision eines jungen Mannes Realität für einen Kontinent werden konnte."

Wenn wir heute feststellen, dass Helmut Kohl vor dreiundsechzig Jahren Mitglied der CDU geworden ist, so müssen wir einen Moment darüber nachdenken, was das tatsächlich bedeutet hat. Es war das Jahr 1947, also zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als er zur CDU stieß. Schon ein Jahr zuvor hatte Helmut Kohl die Junge Union in Ludwigshafen gegründet. Als Kind und Jugendlicher erlebte er die Schrecken und das Leid, die der Zweite Weltkrieg – ausgelöst durch den menschenverachtenden Nationalsozialismus – über Deutschland, Europa und die Welt gebracht hatte. Als Gymnasiast gehörte er 1944 zu einem sogenannten „Schüler-Löschtrupp" und musste Leichen aus den Ruinen bergen. Das unmittelbare Erleben von Krieg, Tod und Zerstörung hat ihn für sein ganzes Leben geprägt.

„Was geschehen ist, darf nie wieder passieren. Wir wollen aus der Geschichte lernen", das war die Motivation derjenigen, die sich 1945 aufmachten, das demokratische, politische Leben in Deutschland wieder zu beleben. Helmut Kohl fand seine politische Heimat in der CDU. Über sechs Jahrzehnte bis zum heutigen Tag ist er unserer Partei treu geblieben.

FRIEDEN UND FREIHEIT

Aus den Erfahrungen als Jugendlicher nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich viele Grundlinien der Politik Helmut Kohls ableiten. In seiner Europapolitik fanden sich diese Überlegungen am stärksten wieder. Für die Generation von Politikern nach dem Ende des Krieges ist ein Europa des Friedens, der Freundschaft und der Partnerschaft sowie ein Europa der Zusammenarbeit eine, wie viele glaubten, Vision gewesen. Helmut Kohl dagegen hat einmal gesagt, dass Visionäre die eigentlichen Realisten seien. Er hat vorgemacht, wie aus der Vision eines jungen Mannes Realität für einen Kontinent werden konnte.

Als Helmut Kohl in den 1980er-Jahren im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss davon sprach, dass er Frieden schaffen wolle mit immer weniger Waffen, wurde er dafür belächelt und angefeindet. Für Helmut Kohl gehörten Frieden und Freiheit immer zusammen. Er hatte persönlich erlebt, was Diktatur und Totalitarismus bedeuten. Unter solchen Bedingungen kann es keinen Frieden geben. Diese Erkenntnis hat ihn auch in seiner Deutschlandpolitik geleitet. Er war deswegen nicht anfällig für vergiftete Angebote in der deutschen Frage, die zwar einerseits die Einheit in Aussicht stellten, aber andererseits die Freiheit der Menschen nicht garantierten.

DEUTSCHE EINHEIT

Das politische Wirken von Helmut Kohl war geprägt von dem Wunsch nach der deutschen Einheit. Das lässt sich an vielen Beispielen belegen, sei es durch seine Reden oder die Beschlüsse, die er auf Parteitagen veranlasst und durchgesetzt hat. Viel wichtiger war aber seine konkrete Politik, die er mit seiner Wahl zum Bundeskanzler 1982 mit Blick auf die deutsche Einheit betrieben hat. Für Helmut Kohl stand dabei der Zusammenhalt der deutschen Nation im Vordergrund. Nicht als theoretische Frage, sondern ganz praktisch: Es ging ihm darum, den Reiseverkehr zwischen beiden Teilen Deutschlands so weit wie irgend möglich auszubauen. Schon der Milliardenkredit der Bundesrepublik Deutschland an die DDR im Jahr 1983 sollte dazu dienen. In den nicht öffentlichen Verabredungen war vonseiten der DDR damals zugestanden worden, die Familienzusammenführung und den Reiseverkehr zu erleichtern sowie Kinder vom Mindestumtausch zu befreien.

Im Ergebnis konnten im Jahr 1987 neben den etwa eine Million Rentnern auch eine Million Besucher der jüngeren Generation aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland reisen. Das waren Menschen, die zumeist erstmals die Bundesrepublik besuchen konnten und ihren persönlichen Einblick an ihren Freundes- und Bekanntenkreis weitergaben. So wurde in einer Art „Schneeballsystem" unmittelbar und ohne Zensur über die Bundesrepublik Deutschland in der DDR informiert. Dies hatte einen großen Wert, um das Bewusstsein für die Einheit der Nation zu erhalten – auf beiden Seiten der Mauer.

Während die SPD im Grundwertepapier mit der SED im Frühjahr 1987 gemeinsame Positionen ausleuchtete, sprach Helmut Kohl aus Anlass des im selben Jahr stattfindenden Besuchs von Erich Honecker in Bonn zu den Deutschen in Ost und West diese Worte: „Das Bewusstsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh und je, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren. Diese Einheit findet Ausdruck in gemeinsamer Sprache, im gemeinsamen kulturellen Erbe, in einer langen, fortdauernden gemeinsamen Geschichte." Ich habe diese Rede damals als Bürgerin der DDR genau verfolgt. Sie war ein klares Signal an uns in der DDR, dass in Westdeutschland an der Einheit der Nation festgehalten wird. Ich werde diese Worte nie vergessen. Zwei Jahre später führte die friedliche Revolution zum Fall der Mauer. Elf Monate danach konnte Helmut Kohl mit allen Deutschen die Einheit unseres Vaterlandes feiern.

In der kurzen Zeitspanne zwischen dem Fall der Mauer und der staatlichen Wiedervereinigung gelang es, noch bestehende Ängste vor einem größeren Deutschland zu zerstreuen und die Zustimmung der Alliierten sowie der europäischen Partner zur deutschen Einheit zu erreichen. Mit allem Recht trägt Helmut Kohl den Ehrentitel „Kanzler der Einheit".

Von einem „außerordentlichen Erfolg", der Europa weiterführen werde, sprach Bundeskanzler Helmut Kohl nach dem EU-Gipfel vom Juni 1997 in Amsterdam. Das Bild zeigt die Staats- und Regierungschefs der EU mit der holländischen Königin Beatrix.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE AUSSÖHNUNG

Als Jugendlicher hatte Helmut Kohl die alten Feindbilder zwischen Deutschland und Frankreich erlebt. Und er spürte nach 1945, wie schwierig das Verhältnis mit der französischen Besatzungsmacht in der Pfalz war.

Er zog für sein politisches Leben daraus die Konsequenz, die Aussöhnung mit Frankreich voranzutreiben und eine deutsch-französische Freundschaft aufzubauen. Das ist gelungen, und heute sind deutsch-französische Gipfeltreffen und enge Abstimmungen ganz selbstverständlich. Sein Gedenken an den Gräbern von Verdun gemeinsam mit François Mitterrand verdeutlichte seinen Willen, Frieden zu schaffen und zu erhalten sowie die deutsch-französische Freundschaft zu festigen, damit die viele Jahrhunderte andauernde schreckliche Feindschaft am Rhein endgültig überwunden werden konnte.

Junge Menschen aus Frankreich und Deutschland, aus ganz Europa sollten sich im Sommer auf der Karlsbrücke in Prag, an der Spanischen Treppe in Rom oder Unter den Linden in Berlin treffen, zusammen feiern und gemeinsam an der Zukunft unseres Kontinents arbeiten. Für Helmut Kohl war klar, dass die deutsch-französische Aussöhnung der Schlüssel für die europäische Einigung sein würde. Später – nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Sozialismus – hat er der deutsch-polnischen Aussöhnung einen ähnlichen Stellenwert beigemessen.

EUROPÄISCHE EINIGUNG

Für Helmut Kohl kam der deutsch-französischen Freundschaft eine Schlüsselrolle bei der europäischen Einigung zu. Für ihn war die Weiterentwicklung der europäischen Einigung ein Teil seiner Friedenspolitik, und er verstand, dass deutsch-französische Freundschaft, europäische Einigung, transatlantische Freundschaft und Westbindung in einem ganz engen Verhältnis zur Erlangung der Wiedervereinigung Deutschlands standen. Oft hat Helmut Kohl diese Zusammenhänge in die Formel Adenauers gegossen, dass deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten einer Medaille sind.

Heute, zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit und dem Erfolg dieser Politik, hören sich die Prinzipien dieser Politik ganz selbstverständlich an. Aber es gehörte Mut und Durchsetzungsvermögen dazu. Von der „feierlichen Deklaration zur Europäischen Union" über die „Einheitliche Europäische Akte" bis hin zu den Verträgen von Maastricht und Amsterdam trieb er in seiner sechzehnjährigen Regierungszeit als Bundeskanzler die europäische Einigung voran. Er schuf dabei die Grundlagen für den europäischen Binnenmarkt, für die Wirtschafts- und Währungsunion sowie für das gemeinsame Geld, den Euro, der am 1. Januar 1999 eingeführt wurde und seit 1. Januar 2002 das europäische Zahlungsmittel ist. Helmut Kohl verband mit dem Euro zwei Ideen. Zum einen war es „wieder" sein Friedensgedanke. Für ihn waren, wie er oft betonte, die europäische Einigung und die damit verbundene Einführung des europäischen Zahlungsmittels eine Frage von Krieg und Frieden. Der Übergang zum Euro war gleichsam die Krönung seiner Friedenspolitik für Europa. Zum anderen wollte er Europa wirtschaftlich stärken. Er erlebte in seiner Regierungszeit den beginnenden Wandel von der bipolaren zur multipolaren Welt. Seine Schlussfolgerung

daraus war, dass das vereinte Europa wirtschaftlich so stark wie möglich sein musste, um in der veränderten Welt eine möglichst große Rolle spielen zu können. Auch dieses Ziel hat sich erfüllt, und gerade in Zeiten der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich der Euro in Europa und als europäisches Zahlungsmittel in der Welt bewährt.

Zugleich war Helmut Kohl die treibende Kraft bei der Erweiterung der Europäischen Union nach dem Ende des Kalten Krieges. Die gelungene Integration der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas in die Europäische Union wäre ohne die Politik und das Drängen Helmut Kohls so nicht möglich gewesen.

Nach Jean Monnet ist Helmut Kohl als zweitem Politiker die Ehre zuteil geworden, zum „Ehrenbürger Europas" durch die Staats- und Regierungschefs ernannt zu werden. Sie ehrten ihn dafür, dass die deutsche Einheit nicht das Ende seiner Politik der europäischen Einigung gewesen ist. Helmut Kohl hatte es vielmehr verstanden, die deutsche Wiedervereinigung von entscheidender Bedeutung für den europäischen Einigungsprozess werden zu lassen.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Als Helmut Kohl 1982 zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde, befand sich unser Land in einer schwierigen ökonomischen Situation. Die Arbeitslosigkeit war hoch, die Staatsquote lag über fünfzig Prozent, und das Wirtschaftswachstum war gering.

Helmut Kohl versprach die Rückkehr zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und eine Sanierung der Staatsfinanzen, eine Stabilisierung der Sozialbeiträge und die Senkung von Staatsquote und Inflation. Dieses Programm wurde bis 1990 konsequent umgesetzt. Mit einer großen Steuerreform wurde erreicht, dass sich Leistung wieder lohnt. In der Wirtschaftspolitik setzte Helmut Kohl auf die kleinen und mittleren Betriebe – auf den Mittelstand. Bis 1989 fiel die Staatsquote von über fünfzig Prozent auf 45,3 Prozent. Helmut Kohl machte also Ernst mit seiner Ankündigung, die Soziale Marktwirtschaft mit ihren ursprünglichen Prinzipien neu zu beleben.

Nach 1990 wurde dieses Ziel weiterverfolgt. Die Postreform war der Ausgangspunkt für die Privatisierung von insgesamt 618 direkten oder indirekten Unternehmensbeteiligungen des Bundes. Wachstumssektoren wie der Telekommunikationsmarkt oder die Energiewirtschaft wurden für den Wettbewerb geöffnet. Heute ist für alle sichtbar: Schon in den 1990er-Jahren hat sich der Grundsatz bewahrheitet, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist.

Es bleibt richtig, dass die konsequente Wirtschafts- und Finanzpolitik von Helmut Kohl, die eine deutliche Verringerung der Neuverschuldung zur Konsequenz hatte, eine wichtige Voraussetzung für die Finanzierung der deutschen Einheit war. Ohne diese Politik wären die Voraussetzungen erheblich schlechter gewesen, die immensen Kosten, die sich aus dem Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands ergeben haben, zu schultern. Wenn Helmut Kohl für die Verschuldung und die steigende Staatsquote in den 1990er-Jahren kritisiert wird, darf nicht vergessen werden, dass dies notwendig war, um die Wiedervereinigung erfolgreich zu gestalten. Das Argument Helmut Kohls für diese Politik war genauso schlagend wie richtig: Die Deutschen aus der ehemaligen DDR haben den Staatsbankrott des sozialistischen Systems weder herbeigeführt, noch waren sie dafür verantwortlich. Deswegen dürfen sie im vereinten Deutschland nicht unter den Fehlern der SED im Nachhinein leiden. Helmut Kohl hat in seiner Zeit als Bundeskanzler dem Prinzip, wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, als Ausdruck richtig verstandener Sozialer Marktwirtschaft wieder zum Durchbruch verholfen. Helmut Kohl ist ein großer Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhard als der Gründungsvater der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ist immer sein Vorbild gewesen.

Frieden und Freiheit, deutsche Einheit, deutsch-französische Aussöhnung, europäische Integration und Soziale Marktwirtschaft – das sind die Begriffe, die die Grundüberzeugungen der Christlich-Demokratischen Union widerspiegeln.

HEIMAT CDU

Die CDU hat diese politischen Grundsätze aus ihrem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott entwickelt. Unser Gemeinwesen, das Zusammenleben und der Zusammenhalt der Menschen in unserem Land basieren auf diesen geistigen Grundlagen. Die CDU verpflichtet sich, seit ihrem ersten Grundsatzprogramm von 1978 für den Erhalt dieser Grundlagen einzustehen. Helmut Kohl hat erstmals den Prozess zur Festschreibung der Überzeugungen der CDU in einem Grundsatzprogramm vorangetrieben.

Als bekennender und praktizierender Christ steht Helmut Kohl für diese Grundüberzeugungen. Dazu gehören auch Toleranz und Weite im politischen Denken. „Konfessionelle Gegensätze sollen überwunden werden. Die CDU gibt dafür das Beispiel", heißt es im ersten Grundsatzprogramm der CDU. Helmut Kohl förderte wie kaum ein anderer diesen Prozess in und außerhalb der CDU. Ohne Helmut Kohl wäre die CDU heute eine andere Partei. Seine immer wieder neu gegebenen Anstöße zur Reform der CDU, beispielsweise auch sein Einsatz für ein Frauenquorum, prägen noch heute unsere innerparteiliche Arbeit.

Helmut Kohl spricht die Sprache der Partei, er weiß um die Lebensumstände eines Orts- oder Kreisvorsitzenden, und er kennt sich in ihr aus wie nur wenige. Wenn Helmut Kohl davon spricht, dass die CDU seine politische Heimat sei, dann trifft er damit das Verhältnis zwischen dem „Kanzler der Einheit" und der CDU Deutschlands. Wir freuen uns, Helmut Kohl in unseren Reihen zu haben.

George H. W. Bush

Grußadresse zum 80. Geburtstag Helmut Kohls

Barbara and I are delighted to send our warmest wishes for the celebration of our dear friend Helmut Kohl's 80th birthday.

It was a great joy to see Helmut just recently in Germany, as we marked the 20th anniversary of the opening of the German border. It was a very happy and moving occasion for me to reflect on those heady days when we worked together to help Germany turn that last page on World War II – and begin the process of moving beyond the Cold War. In my estimation, no European leader contributed more to this noble cause than Chancellor Kohl, the Chancellor of German Unity.

Our relationship was forged in the fires of political controversy. When Helmut became Chancellor in 1982, the Atlantic alliance faced one of its gravest challenges of the Cold War over the decision to deploy the Pershing II missiles. Shortly thereafter, I traveled to Germany as Vice President to help sell the program, and witnessed firsthand the intensity of public opinion against it.

It has been said that "hope is putting faith to work when doubting would be easier." At that time, in the early 1980s, it would have been easy to doubt Germany's ability to stay with the United States and NATO – but such doubters would have been underestimating Helmut Kohl.

And as he often did during his remarkable career, he would prove those doubters wrong.

Later, in 1989 and 1990, Helmut Kohl showed great vision when he immediately seized on the fall of the Berlin Wall to press for German Unification. Again, many in Europe, on Capitol Hill, in Moscow, and certainly in the media doubted the prospects of uniting Germany at that time.

The rapidity with which Unification subsequently took place may mislead some today to mistake the events of that period as pre-ordained – not true. In my view, it would not have happened as quickly as it did without Helmut Kohl's superlative leadership helping to drive the process.

A few years ago, a prominent American think tank issued a report which asserted: "Former German Chancellor Helmut Kohl's legacy is truly remarkable – so much so that history will likely regard him as one of the most influential figures of modern Europe." For my part, I view him as the greatest European leader of the second half of the 20th century.

Politics aside, I treasure my personal friendship with this remarkable man. I treasure the wurst and beers we shared. I will never forget a visit to Krefeld where we tried to outwit an angry mob of protestors with a decoy motorcade – a maneuver which met with a spectacular lack of success.

Most of all, I treasure the memory of our many meetings. A historic visit to Camp David with his beloved Hannelore in February of 1990 stands out. Between our sessions, which focused on German unification, we went out for a walk in the woods surrounding the retreat. When we reached a fairly steep hill, as we advanced it was not clear that the Chancellor – who was suffering from a mild case of jet lag following an arduous trip – would make it to the top.

We immediately dubbed it Helmut Kohl Memorial Hill because, as he always seemed to do, the Chancellor proved his doubters wrong.

Helmut, my dear friend, please accept our best wishes and family love as you celebrate this milestone in your remarkable life. May God continue to bless you and your wonderful countrymen, and may Almighty God bless a free and united Germany!

March 12, 2010 G

MEILENSTEINE

POLITISCHER AUFSTIEG

Die ersten Schritte in der Politik verdankte Helmut Kohl dem Brüderpaar Albert und Johannes Finck: Ersterer Journalist, später Mitglied des Parlamentarischen Rates und Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Letzterer Pfarrer von Beruf, ehemaliger Zentrumspolitiker und Abgeordneter des bayerischen Landtags. Kohl fand über seinen Gemeindepfarrer Einlass in den politischen Gesprächskreis von Dekan Finck, der zu den Gründern der Christlich-Demokratischen Union in der Pfalz gehörte. Die negativen Auswirkungen der Parteienzersplitterungen in der Weimarer Republik und der konfessionsübergreifende Integrationsgedanke der Union wurden ihm dort früh nahe gebracht.

1953 | Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CDU Pfalz

1954 – 1961 | Stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union Rheinland-Pfalz

1955 – 1966 | Mitglied des Landesvorstands der CDU Rheinland-Pfalz

1958 – 1959 | Direktionsassistent bei der Ludwigshafener Eisengießerei Willi Mock

1959 – 1969 | Referent beim Verband der Chemischen Industrie, Ludwigshafen

1959 – 1963 | Vorsitzender des Kreisverbands der CDU LudwigshafenStadt

Helmut Kohl und die CDU, die CDU und Helmut Kohl – wer das Thema behandeln will, muss tief in den Brunnen der Vergangenheit hinabsteigen, genauer gesagt, bis ins Jahr 1946 – graue Vorzeit aus Sicht des Jahres 2010. Damals stößt der sechzehnjährige Helmut Kohl zur CDU. Der bereits siebzig Jahre alte Adenauer hatte gerade eben den Vorsitz der neugegründeten Partei in der britischen Zone errungen. Auch an Adenauers eigene Anfänge können sich 1946 nicht mehr viele seiner Zeitgenossen erinnern. Er war noch in der Bismarckzeit zur Schule gegangen. Zwischen 1890, als Bismarck das Amt des Reichskanzlers aufgeben musste, und 1946 lagen 56 lange, geschichtlich ziemlich bewegte Jahre.

Die CDU und Helmut Kohl

Hans-Peter Schwarz

„Keine deutsche Partei hat eine solche Gestalt aufzuweisen wie Helmut Kohl."

Ähnlich steht es heute in Bezug auf den jungen Helmut Kohl im Jahr 1946. Das von den Kriegsgegnern besetzte, weithin zerstörte und hoffnungslose Deutschland erlebt damals den schlimmsten Hungerwinter der Besatzungszeit, und die neugegründete CDU in dem gegenüber den anderen Zonen hermetisch abgeriegelten Rheinland-Pfalz ist gerade ein Jahr alt. Heute, im Jahr 2010, da Helmut Kohl den 80. Geburtstag begeht, sind seither bereits 64 Jahre ins Land gegangen, auch sie durchaus bewegt. 54 Jahre von Adenauer 1946 bis zu Bismarcks Abgang im Jahr 1890 zurück, 64 Jahre von 2010 bis zum Beitritt Helmut Kohls zur CDU im Jahr 1946 – beide Male fällt es den jeweiligen Zeitgenossen schwer, sich in diese ferne Zeit hineinzuversetzen. Die CDU war eine völlig andere Partei als heute, und selbstverständlich war auch Helmut Kohl ein anderer. Man erfasst unser Thema nur richtig, wenn man sich die völlige Andersartigkeit der Zeitverhältnisse, aber auch der CDU klar macht. Die Fortentwicklung der Beziehung zwischen Helmut Kohl und seiner Partei muss natürlich eine Grundtatsache jeder historischen Erkenntnis berücksichtigen, dass nämlich die Zeiten sich unablässig ändern und mit ihnen auch die Volkspartei CDU. Sprechen wir deshalb, um das sinnfällig zu machen, von der CDU Nummer 1 bis Nummer 8. Das ist zwar überpointiert und ermangelt völlig der fußnotenbewehrten historiographischen Differenzierung, erinnert aber jedenfalls daran, dass sich die CDU wie jede lebendige Großorganisation periodisch verändert – ob immer zum Besseren, ist hier nicht das Thema.

Helmut Kohl hat 1946 sein Leben mit einer Partei verbunden, die mit der heutigen CDU vielfach nur noch den Namen gemeinsam hat. Die seinerzeitigen Mitglieder sind größtenteils dahingeschieden, ihre Wertetafeln zerbröselt und ihre Mentalitäten fast völlig verschwunden. Nennen wir die CDU, in der dieser Gymnasiast von 1946 bis 1950 sozialisiert wurde, die CDU Nummer 1. Sie war eine entschieden und durchaus kämpferische christliche Partei, in weiten Teilen Erbin des Zentrums, aber zugleich überkonfessionell, etwas ganz Neues, gegründet und getragen von Christen aus beiden Konfessionen, die meistenteils im Dritten Reich drangsaliert worden waren. Auch Helmut Kohls politischer Lehrmeister, der Dekan Johannes Finck, kam aus dem Zentrum. Er brachte ihm und seinen Freunden bei, worauf es jetzt ankam: christliche Grundsätze, Überkonfessionalität, Zupacken beim Aufbau einer rechtsstaatlichen und markant sozialen Demokratie, abendländisch-europäische Orientierung, ruhige nationale Gesinnung ohne den vorhergehenden Krampf des Nationalismus, Antinazismus und Antikommunismus, zäher Aufbauwille.

Diese CDU sollte eine Partei des Ausgleichs und der Mitte sein. Georges Clemenceau, lange Jahrzehnte hindurch ein französischer Linksradikaler, hat gelegentlich voller Verachtung erklärt: „In der Mitte ist der Sumpf." Die damalige CDU und mit ihr Helmut Kohl sah das anders, und er bekennt gut aristotelisch bis heute: „In der Mitte ist das

Heil.” Wo genau freilich die Mitte liegt und was sie substantiell beinhaltet, war naturgemäß damals genauso interpretationsbedürftig wie heute. Wenn man die CDU dieser Gründerjahre auf einem Rechts-Links-Kontinuum einordnete, war die Feststellung nicht unberechtigt: Diese CDU eines Jakob Kaiser oder der Kölner Parteigründer lag sichtlich links von der Mitte, entsprach damit jedoch der sozialistischen Grundstimmung im gesamten Parteiensystem der ersten Nachkriegsjahre.

Die Mitgliedschaft der CDU Nummer 1 wies eine Mentalität auf, die heutigen CDU-Mitgliedern kaum mehr verständlich ist. Unabhängig von Alter, Beruf, regionaler Herkunft und sozialem Status waren es durchweg Parteimitglieder, die etwas erlebt, Menschen, die ein Schicksal hatten: Ausgebombte, heimgekehrte Soldaten, Frauen, deren Männer noch in Gefangenschaft waren, Vertriebene und Flüchtlinge (wie Kohls spätere Frau Hannelore Renner), desillusionierte Ältere und desillusionierte Hitlerjungen.

Kohl selbst, Jahrgang 1930, war ein typisches Kriegskind. Auf seine schwer zerstörte Vaterstadt Ludwigshafen waren im Krieg 124 Bombenangriffe heruntergegangen, manche davon ganz schrecklich. Im Luftschutzkeller machte er mit der Todesangst Bekanntschaft und wurde, kaum waren die Angriffe vorüber, zum Ausgraben von Verschütteten und von verstümmelten Leichen eingesetzt. Bei Kriegsende kehrte der Fünfzehnjährige aus dem Wehrertüchtigungslager der HJ in Berchtesgaden nach wochenlanger Irrfahrt durch das zerstörte Deutschland zurück, um dann in einer anfangs halb kaputten Schule zwischen 1946 und 1950 nach den strengen Vorschriften in der damaligen französischen Zone sein Zentralabitur zu machen. Diesen Mitgliedern der CDU Nummer 1 brauchte niemand groß zu erzählen, dass Friede ein höchster Wert ist. Sie hatten das allesamt erlebt. Sie wussten aber genauso, was Freiheit bedeutet.

Die chaotische und perspektivlose Nachkriegszeit ging bemerkenswert rasch zu Ende. Die Wirtschaft wurde neu geordnet und erbrachte einen nie mehr für möglich gehaltenen Aufschwung. Die Demokratie erlebte ihre Renaissance, und aus den Westzonen wurde die in den Westen integrierte Bundesrepublik. Kein Wunder, dass sich nun auch die CDU programmatisch veränderte. Aus der CDU Nummer 1 wurde nach der Währungsreform die CDU Nummer 2, die CDU Adenauers und Ludwig Erhards. War die CDU der Jahre 1945 bis 1948 noch für die Ideen eines christlichen Sozialismus empfänglich gewesen und mit ihr wohl auch Helmut Kohl, rückte sie mit Adenauer und Erhard in der frühen Bundesrepublik auf Mitte-Rechts-Positionen, ohne dabei aber den Anspruch aufzugeben, sie sei und bleibe die Partei der Mitte.

Parteien der Mitte haben einen weiten Mantel, der vieles abdeckt. Die Breite der sozialpolitischen Orientierung verblieb. Doch erkannte man spätestens jetzt, das sich ein vom Export lebender, erneut europäisch und global verflochtener Industriestaat nicht mehr allein am Ideal des brüderlichen Brotteilens gemäß der Bergpredigt oder nach den Lehren von Quadragesimo Anno gestalten lässt. Auch die so herzerwärmende, pazifistisch ausdeutbare Seligpreisung „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen”, bedurfte in einem sicherheitspolitisch exponierten, an der Demarkationslinie des Kalten Krieges liegenden Land einer realistisch vertieften Interpretation. Totalitäre Regime hatten es so an sich, die von ihnen eroberten und beherrschten Länder in eine Vorhölle zu verwandeln. Vielleicht, so machten Adenauer und seine Anhänger ihrer CDU Nummer 2 klar, galt deshalb auch für eine christliche Partei im totalitären Zeitalter eine etwas andere Wertetafel als für die ersten Jünger des milden Erlösers.

Ebenso wie die CDU als ganze wurde auch Helmut Kohl erwachsen und verinnerlichte von nun an die Politik Adenauers und Erhards: Westbindung in engstem Zusammenwirken mit den in Verbündete und Schutzmächte verwandelten bisherigen Besatzungsmächten USA, Frankreich und England, Integration Europas, Verteidigung im Rahmen der NATO und Soziale Marktwirtschaft. Helmut Kohl leuchteten von nun an vor allem drei Grundorientierungen Adenauerscher Außenpolitik ein: die Entschlossenheit zur europäischen Integration, das geduldige Werben um Freundschaft mit Frankreich und die Allianz mit Amerika. Genauso blieb ihm aus diesen Jahren, in denen die CDU den Spagat zwischen Westbindung und Wiedervereinigungspolitik versuchte, eine – freilich von Vernunft kontrollierte – nationale Einstellung, für die er künftig das nicht

Helmut Kohl, 1973 zum CDU-Parteivorsitzenden gewählt, entwickelt sich zum neuen Hoffnungsträger für seine Partei.

Helmut Kohl auf dem CDU-Bundesparteitag 1964 in Hannover.

Der CDU- Parteivorsitzende Kohl zusammen mit seinen Amtsvorgängern Ludwig Erhard, Rainer Barzel und Kurt Georg Kiesinger.

kontaminierte Code-Wort „Patriotismus" verwandte. Eine Generation, die das Deutsche Reich emotional so intensiv erlebt hatte wie Jahrgänge der Kriegsjugend und die seither die Luft der Freiheit eingeatmet hatte, konnte sich nicht mit der Teilung Deutschlands und der zweiten deutschen Diktatur abfinden. Die Zeit ging weiter, auch die CDU strebte zeitweilig nach neuen Ufern, aber die politische Prägung Helmut Kohls in der Ära Adenauer blieb dauerhaft erhalten.

Es folgt – erneut seien komplexe Entwicklungen rigoros verkürzt! – die CDU Nummer 3 seit den frühen sechziger Jahren bis, sagen wir, 1973. Jetzt beginnt die Zeit, in der Kohl zunehmend gestaltenden Einfluss nimmt, ein Grund dafür, in dieser kurzen Betrachtung aus dem Imperfekt ins Präsens zu wechseln! In den frühen sechziger Jahren hat sich die Adenauer-CDU gewissermaßen zu Tode gesiegt und wirkt vergleichsweise altbacken. Eine richtige Ludwig-Erhard-CDU kommt nie zustande, denn der charismatische Vorkämpfer der Sozialen Marktwirtschaft will den Erfordernissen der Parteiendemokratie nicht entsprechen, die CDU-Diadochen arbeiten sich aneinander ab, Kiesinger erweist sich bei der Bundestagswahl 1969 als Pechvogel und Rainer Barzel 1972 genauso. In dieser Phase wächst Helmut Kohl in Rheinland-Pfalz zu einer Art Leitwolf der Enkel-Generation Adenauers heran. 1959 rückt er in den Landtag ein, wird dort 1963 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, 1966 zum Landesvorsitzenden, 1969 zum Ministerpräsidenten und 1973 zum CDU-Bundesvorsitzenden. Es sind dies die Jahre des ungestümen, anfangs hemdsärmeligen, ungeduldigen, später schon etwas vorsichtigeren, doch durchgehend rastlosen Parteireformers, der eine stupende physische und psychische Konstitution mitbringt und über das Flair für den Aufbau einer neuen CDU-Führungsgeneration verfügt.

Das Motto dieses Wortführers der jungen Generation: Modernisierung – weg mit den alten Zöpfen, aber auch weg mit den grau gewordenen alten Herren in Rheinland-Pfalz! Reform überall: Parteireform, von der Honoratioren-CDU zur modernen Volkspartei, Gebietsreform, Kommunalreform, Schulreform, Reform des Gefängniswesens, Universitätsreform – das alles zeitgeistbeflügelt und fortschrittlich, aber doch mit Maß und Ziel. Von dem vielbeschworenen Prinzip der Mitte lässt sich Kohl auch in den damaligen Streitfragen der Außenpolitik leiten. Den Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten, der die Unionsparteien jahrelang aufgewühlt hat,

hält er für den Gipfel der Torheit. In den heftigen innerparteilichen Kontroversen um die Deutschlandpolitik steuert er gleichfalls einen mittleren Kurs zwischen den verfeindeten Parteilagern. Auf vielen Feldern optiert er für ein pragmatisches Sowohl-als-auch, allerdings doch viel deutlicher bei den Kräften, die den zeitgemäßen Wandel wollen, als bei den Bataillonen des Status quo. Mit diesem Programm, das fortschrittlich ist, aber auch in Maßen integrativ, wird er zum neuen Hoffnungsträger.

In den Jahren 1973 bis 1982, da er sich als CDU-Vorsitzender zum Bundeskanzleramt durchkämpft, lässt sich so etwas wie die CDU Nummer 4 identifizieren. Es ist eine Truppe, die sich unter uneinigen Feldherrn in den Sumpflandschaften der Opposition voran quält, ohne dass volle Einigkeit über das Marschtempo, die strategische Ausrichtung und die Bündnisfrage besteht. Soll die Union mehr liberal sein oder konservativ, soll sie ostpolitische Konfrontation betreiben oder Entspannungspolitik? Ist es sinnvoll, auf eine Neuauflage der Koalition mit der FDP zu setzen, wie Kohl dies für geboten erachtet, oder soll man diese vernichten? Könnte eine vierte Partei, die Fata Morgana von Franz Josef Strauß, aus dem Morast herausführen, oder wäre dies das Ende des Unionsgedankens, zugleich aber auch das Ende aller Hoffnungen auf ein Comeback? Wird Helmut Kohl letzten Endes den Ton angeben oder Franz Josef Strauß?

Kurshalten in der Mitte

Der Parteivorsitzende Kohl bringt zwar bei der Bundestagswahl 1976 die Union bis an den Rand der absoluten Mehrheit, aber eben nur bis an den Rand. Von 1976 bis 1982 führt er auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ohne dass es ihm letztlich gelingt, die unterschiedlichen Gruppierungen und Unions-Granden widerstandslos auf seinen Kurs zu zwingen. Doch er selbst und mit ihm die Partei übersteht mit manchen Blessuren diese unerfreuliche und unentschiedene Phase. Dank zäher Beharrlichkeit geht schließlich 1982 die Oppositionszeit zu Ende. Die inneren Gegensätze der CDU und das Fingerhakeln mit der CSU sind natürlich auch jetzt nicht vorbei, wie sollte das auch möglich sein in einer großen Volkspartei! Aber sie lassen sich doch leichter ausgleichen.

Die CDU Nummer 5, über die Helmut Kohl jetzt von 1982 bis 1989 gebietet, ist erneut Kanzlerpartei wie in der guten alten Zeit Konrad Adenauers. Und Kohl ist entschlossen, nach den Maximen Adenauers zu regieren, allerdings der FDP gegenüber etwas duldsamer. In der Außen- und Sicherheitspolitik hält er die Unionsparteien auf Westkurs. Wie schon einmal in den fünfziger und den frühen sechziger Jahren folgt die CDU ihrem Bundeskanzler bei der Abwehr einer politischen Offensive der Sowjetunion, diesmal ist es die letzte. Zugleich aber fädelt sich Kohl in die westliche Entspannungspolitik ein, darin etwas flexibler als Adenauer. Im Gegensatz zur SPD kommt in die Politik des Offenhaltens der deutschen Frage wieder größere Entschiedenheit. Auch die Eurosklerose wird überwunden, das große Europarad dreht sich damals gewissermaßen um eine deutsch-französische Achse, wobei Kohl und Mitterrand ein genauso heterogenes und überraschendes Double abgeben wie einstmals Adenauer und de Gaulle. Auf diesen Feldern führt der Bundeskanzler mit beträchtlicher Festigkeit: Wenngleich einzelne Parteigrößen in diesem oder jenem Punkt der Sicherheitspolitik auch gelegentlich aufbegehren, funktioniert hier die Kanzlerdemokratie doch nach den bekannten Mustern.

Wirtschaftspolitisch greift die CDU wieder die Konzepte von Ludwig Erhard auf, ohne dass jedoch ein Rückweg in die fünfziger Jahre möglich oder auch nur beabsichtigt wäre. Während die Jünger Ludwig Erhards mit Gerhard Stoltenberg als Anführer und den Mittelständlern als parlamentarische Truppe die inzwischen stark reformbedürftige Bundesrepublik im Geist eines sozial verantwortlichen Neo-Liberalismus erneuern möchten, arbeiten die linken Gruppierungen in der Partei um Blüm und Geißler daran, den Sozialstaat zum sozial gestaltenden Wohlfahrtsstaat weiterzuentwickeln und möchten zusammen mit den großen Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften die soziale Marktwirtschaft zunehmend korporatistisch definieren. Das Tauziehen zwischen den nie ganz klar konturierten, aber doch sehr realen Parteiflügeln wird in der CDU Nummer 5 nicht entschieden. Kohl hält alles in der Schwebe, versucht auch, wenngleich nicht mit durchschlagendem Erfolg, die neuen Themen der Ökologie aufzugreifen. Was vielen als Unentschiedenheit erscheint, ist bei ihm tatsächlich Programm. Von Anfang an hat Helmut Kohl die Flagge mit der Devise „Partei der Mitte" an den Mast genagelt, dabei verbleibt er, und die CDU folgt ihm, wenngleich manchmal fragend und verunsichert.

Im Unterschied zur Ära Adenauer, als die Wahlergebnisse für die Unionsparteien lange Zeit nach oben tendierten, sieht sich die Kohlsche CDU nach der Bundestagswahl 1983 jedoch einem ständigen Abschmelzungsprozess ausgesetzt, mit Verlusten auch in den Ländern. Bald tanzt auch der Koalitionspartner FDP wieder auf dem Tisch herum wie in Adenauers Spätzeit und in den Jahren der Kanzlerschaft Ludwig Erhards. Im Frühjahr 1989 ist es durchaus nicht mehr sicher, ob die CDU, wie schon 1963 gegenüber Adenauer und im Herbst 1966 gegenüber Erhard praktiziert, ihrer Tradition nicht auch darin treu bleiben wird, den eigenen Kanzler gnadenlos abzulösen, wenn künftige Wahlerfolge zweifelhaft sind.

Folgt die CDU Nummer 6 der Jahre 1989 bis 1998. In mancherlei Hinsicht verändert der Triumph der Wiedervereinigung, gefolgt vom Kollaps des sowjetischen Imperiums, doch auch das Verhältnis zwischen der CDU und ihrem Vorsitzenden. Noch eindeutiger und unentrinnbarer wird

Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Parteitag der CDU am 21. Februar 1994 in Hamburg. Rechts Fraktionschef Wolfgang Schäuble, links CDU-Generalsekretär Peter Hintze.

die Kanzlerpartei nun zum Instrument des Bundeskanzlers. Nur wenige Einzelne – Geißler, Süßmuth, Biedenkopf – wagen im einen oder im anderen Punkt noch den offenen Dissens. Im Innern und vor allem auch international ist nun das Prestige des Kanzlers so hoch wie das Adenauers in seinen besten Jahren. Aber das vereinte Deutschland ist ungleich mächtiger als damals. Begeistert folgt die CDU Helmut Kohl bei seiner Wiedervereinigungspolitik, größtenteils begeistert, jedenfalls immer loyal unterstützt sie ihren Bundeskanzler auf dem Weg nach Maastricht und hin zur Einführung des Euro, folgt ihm ebenso bei dem Bemühen, mit Polen und Tschechien eine echte Versöhnung herbeizuführen, die Länder Ostmitteleuropas, des Baltikums und auf dem Balkan für den Beitritt zur EU fit zu machen und Europa zwar nicht bis zum Ural zu vereinen, aber doch bis zur Narwa, zum Dnjepr und zum Schwarzen Meer. Doch auch der Wille zur Versöhnung mit Russland und die Hoffnung auf dessen Demokratisierung sind in dieser Phase stark ausgeprägt. Programmatisch und praktisch versteht sich die CDU als eine Partei, die eine friedliche und marktwirtschaftliche Neuordnung Europas auf ihre Fahnen geschrieben hat. Selten gab es bei tiefgreifenden Strukturveränderungen des europäischen Staatensystems soviel Übereinstimmung zwischen dem Bundeskanzler und der Kanzlerpartei.

Zäher verläuft die Neugestaltung im Innern, ganz besonders die innere Wiedervereinigung. Aus heutiger Sicht ist zwar gut zu erkennen, dass die Einführung der Marktwirtschaft, die technische und infrastrukturelle Modernisierung, auch die politische und administrative Reform in den neuen Ländern mehr als in den neunziger Jahren befürchtet wurde doch geglückt sind. Aber damals verspürt man vor allem die Belastungen. Zugleich staut sich in der alten Bundesrepublik ein Reformbedarf, dem nicht Rechnung getragen werden kann, weil der Bundesrat periodisch nicht mitspielt und weil die Wähler nicht mitziehen. Die CDU als Partei und ihr nunmehr schon zum Mythos seiner selbst gewordener Bundeskanzler arbeiten sich mühsam daran ab, der Wachstumsschwäche der neunziger Jahre nachhaltig zu begegnen, den Arbeitsmarkt zu sanieren, die innere Wiedervereinigung wie gewünscht voranzubringen und die durch die Transfers in die neuen Länder, aber auch durch den unreformierten Wohlfahrtsstaat überlasteten öffentlichen Haushalte wieder zu stabilisieren.

In der Öffentlichkeit erklingt nun über die Jahre hinweg der Ruf nach großen Konzepten. Die Wählerschaft erweist sich so nörglerisch und wanderungslustig wie eh und je. Viele Kritiker und eine zunehmende Zahl von Wählern halten jetzt die CDU für ausgebrannt, perspektivlos und uninteressant. „La France s´ennuie", hat es einstmals geheißen, wenn dort ein politischer Wechsel bevorstand. Auch Deutschland langweilt sich. Die CDU folgt etwas zweifelnd, etwas mürrisch, im Ganzen aber gehorsam ihrem Vorsitzenden, doch Malaise breitet sich auch hier aus. Aus dem jugendfrischen Reformer Helmut Kohl, der in den sechziger und siebziger Jahren in Rheinland-Pfalz und in der Bundes-CDU gewissermaßen Bäume ausreißen konnte, ist inzwischen ein vorsichtiger Gigant geworden, der seine größten Reformleistungen der neunziger Jahre – den Aufbau Ost und die Errichtung eines vereinten Europa – nicht mehr so recht zu kommunizieren versteht. Dass Helmut Kohl trotz guter Vorsätze eine rechtzeitige Nachfolgeregelung ebenso missrät wie einstmals Konrad Adenauer, macht seine Schwierigkeiten nicht geringer.

So kommt es – immerhin nach 16 langen Jahren erneuter CDU-Dominanz – zum Wahldebakel des 27. September 1998.

Damit ist die unendliche Geschichte „Die CDU und Helmut Kohl" aber noch nicht zu Ende. Es beginnt das lange Trauerspiel der CDU Nummer 7, die sich von 1998 bis 2005 im Bund erneut in die Opposition verbannt sieht. Nicht genug mit der Oppositionsrolle. Der große Knall kommt erst jetzt. Ausgerechnet im Jahr 2000 erlebt die CDU ihre Millenniums-Katastrophe, die sie fast um den Verstand bringt. Seit Jahrzehnten haben die Parteien auf dem Feld der Parteispenden in mürrischem Gehorsam gegen periodisch verschärfte Auflagen des Bundesverfassungsgerichts immer neue Umgehungswege zur Deckung ihres unstillbaren Finanzbedarfs gesucht und gefunden. Gelegentlich kommt es zu Verurteilungen und zur gesetzlichen Verschärfung der Gebote und Verbote. Doch die menschlichen Gehirne sind erfinderisch: Grauzonen werden beschritten, rote Zonen der Illegalität nicht völlig umgangen. Kommen Bedenken auf, dann sagt man sich in allen Parteizentralen: „Così fan tutte." Doch als jetzt eine Blöße Helmut Kohls und weitere Blößen der CDU

„...nimmer seines-gleichen seh´n."

zutage kommen, nutzt Rot-Grün die Gelegenheit, den hochverdienten Bundeskanzler mit großem moralischem Pathos wie einen Schwerkriminellen wegen Gesetzesbruch und angeblicher Korruption durch die Arena zu schleifen. Es ist ein Schauspiel, wie es sich in der Geschichte zivilisierter Nationen nicht häufig ereignet.

Das Stück „Die CDU und Helmut Kohl" gerät nun zur Shakespeare-Tragödie. Wer will, kann hier studieren, was Parteiräson ist. Jetzt trennen sich die Wege, wenngleich nicht auf Dauer. Ein gutes halbes Jahrhundert zuvor war das Parteimitglied mit der Mitgliedsnummer 00246 im Kreisverband 23 der CDU beigetreten, ein Vierteljahrhundert lang war Helmut Kohl Vorsitzender der Bundespartei, sieben Jahre CDU-Ministerpräsident, sechs Jahre Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und sechzehn Jahre lang CDU-Bundeskanzler. Nun konfrontieren ihn die höchsten Parteigremien mit der Drohung, wenn er die Spender nicht benenne, würden ihm die Rechte als Ehrenvorsitzender aberkannt. Natürlich entscheidet sich der stolze Helmut Kohl dafür, den Ehrenvorsitz niederzulegen. Auch dieser Vorgang ist in der deutschen Parteiengeschichte einmalig.

Damit ist das Kapitel „Die CDU und Helmut Kohl" fast zu Ende. Von Adenauer ist ein interessanter Ausspruch überliefert: „Wenn ich einmal nicht mehr Bundeskanzler bin, wird man Kübel voller schmutzigem Wasser über mich ausgießen." In seinem Fall hat sich diese Befürchtung nicht bewahrheitet, wohl aber bei Helmut Kohl. Auch ein zweiter Ausspruch Adenauers kommt in diesem Zusammenhang in Erinnerung. Nachdem ihn die eigene Fraktion als Bundeskanzler aus dem Amt gedrängt hatte, äußerte er zu einem altvertrauten Bekannten von der FDP, am liebsten würde er aus der CDU austreten. Doch genauso wie Adenauer bleibt auch Helmut Kohl in seiner Partei. Er ersetzt der CDU durch eine Sammlung bei Freunden und durch eine beträchtliche Spende aus dem eigenen Vermögen den finanziellen Schaden. Nachdem eine gewisse Frist verstrichen ist, steckt er alles weg, willigt in eine wenigstens nach außen sichtbare Versöhnung ein und übernimmt sogar wieder Wahleinsätze. Das ist auch nötig, denn immer noch befindet sich die CDU Nummer 7, wie wir sie genannt haben, in der Sumpflandschaft der Oppositionszeit.

Verständlich ist, dass Kohl es jedoch – anders als der uneingeschränkt kritische Helmut Schmidt gegenüber seiner SPD – konsequent vermeidet, sich dann und wann kritisch oder mag sein auch lobend zur CDU zu äußern. Nach den Shakespeare-Szenen bei der Millenniums-Katastrophe ist das nachvollziehbar. Viele würden sich allerdings doch wünschen zu hören, was dieses Urgestein zur Entwicklung der CDU Nummer 7 und, seit 2005, der CDU Nummer 8 so alles zu sagen hätte.

1946, daran war eingangs zu erinnern, ist Helmut Kohl in die Arena gestiegen. Eine halbe Ewigkeit ist seither vergangen, die ganze lange Geschichte der Bundesrepublik, zuzüglich der Vorgeschichte unter der Besatzung, und die ganze lange Geschichte der CDU. Keine deutsche Partei hat eine solche Gestalt aufzuweisen wie Helmut Kohl. Er war viel länger auf dem Turf als Adenauer und hat unter den Bedingungen der eigenen Zeit zumindest genauso viel erreicht wie dieser. Als Adenauer aus dem Palais Schaumburg geschieden war, veröffentlichte der Karikaturist H. E. Köhler eine unvergessliche Karikatur, auf der zwei Adenauer nebeneinander standen, ein schwarz gefärbter Adenauer und ein zweiter Adenauer, hoch auf einem mit Lorbeer geschmückten Postament. Auf dem Adenauer in schwarzer Farbe waren verschiedene Inschriften zu lesen: „Starres Denken", „kein Redner", „Eigensinn", „Herrschsucht", „geringer Wortschatz", „Menschenverachtung", „Gefühlskälte", „boshaft", „einseitig". Wahrscheinlich würde man auf einen geschwärzten Helmut Kohl andere Vorwürfe draufmalen; eine reichhaltige Auswahl fände sich wohl auch in seinem Fall. Doch über den rabenschwarzen Adenauer erhob sich das Adenauer-Denkmal. Der Sockel trug die Inschrift: „Bundeskanzler 1949–1963". Dieser Adenauer stand kraftvoll-lässig da, war kerzengerade aufgereckt und blickte stolz, auch ein klein wenig verächtlich herab. Die Karikatur trug die Unterschrift (frei nach Shakespeare, Hamlet): „Er war ein Mann, nehmt alles nur in allem – Ihr werdet nimmer seinesgleichen seh´n." Viele in der CDU und viele Beobachter außerhalb werden das auch von Helmut Kohl sagen.

Die Reformpolitik Helmut Kohls

Regierungswechsel 1982:

Die Zerfallserscheinungen des seit 1969 bestehenden sozialliberalen Regierungsbündnisses mehrten sich in der zweiten Jahreshälfte 1982. Ein von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) am 9. September 1982 vorgelegtes Papier mit Forderungen nach einschneidenden Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise wurde zum „Scheidungsbrief" an den Koalitionspartner SPD. Am 17. September 1982 zwang daraufhin Bundeskanzler Helmut Schmidt die FDP-Minister durch Entlassungsdrohung zum Rücktritt. Drei Tage später beschlossen Vorstand und Präsidium der CDU, Helmut Kohl als Kanzler einer neuen Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP vorzuschlagen. Die drei Parteien verständigten sich darauf, ein konstruktives Misstrauensvotum gegen den amtierenden Kanzler im Deutschen Bundestag einzubringen. Am 1. Oktober 1982 wurde der Partei- und Fraktionsvorsitzende der CDU mit 256 gegen 235 Stimmen bei 4 Enthaltungen zum Bundeskanzler gewählt. Die „Wende" war da. Sie wurde zum geflügelten Wort, ehe die Ereignisse in der DDR 1989 dem Begriff eine ganz neue Dimension verliehen. In seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober forderte Helmut Kohl eine „Politik der Erneuerung" und sprach von einem „historischen Neuanfang". Strukturreformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, neue Initiativen in der Außen- und Sicherheitspolitik und die Wiederbelebung des europäischen Einigungsprozesses standen im Vordergrund eines Programms, das die Bundesrepublik Deutschland aus der Krise herausführen sollte.

WIRTSCHAFTS- UND ORDNUNGSPOLITIK

In seiner ersten Regierungserklärung 1982 kündigte Helmut Kohl die Rückkehr zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft an. Reformen sollten die Staatsfinanzen sanieren, die Sozialbeitragssätze stabilisieren, Staatsquote und Inflation senken. Zudem galt es, Subsidiarität und Eigenverantwortung wieder in den Vordergrund zu stellen. Dieses Programm wurde bis 1990 insbesondere in der Finanzpolitik konsequent umgesetzt. Zeichen setzte die neue Koalition jedoch auch durch Kürzungen bei den sozialen Leistungsgesetzen, um der seit 1980 lahmenden Konjunktur Wachstumsimpulse zu geben.

Die Stabilitätspolitik der neuen Regierung leitete über in einen wirtschaftlichen Aufschwung, der bis zum Ende des Jahrzehnts anhielt und der Bundesrepublik im Zeitraum von 1983 bis 1990 einen Nettozuwachs bei den Beschäftigtenzahlen von 2,2 Mio. brachte. Ende der 1980er Jahre zeigte sich, dass der ordnungspolitische Neubeginn zu einer positiven Trendwende geführt hatte.

Im Jahr der Wiedervereinigung waren die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bedingungen in der Bundesrepublik wesentlich günstiger als ein Jahrzehnt zuvor. Als am 9. November 1989 in Berlin die Mauer fiel, ahnte kaum jemand, welche Dynamik der Einigungsprozess entfalten und welchen Handlungsdruck er auf Politik und Wirtschaft ausüben würde. Es stellte sich bald heraus, dass die Wirtschaft der DDR sich in einer noch viel schlechteren Lage befand, als zuvor auch von den Skeptikern im Westen vermutet worden war. Die Produktivität eines Beschäftigten in der Industrie betrug knapp 30 %, in der Landwirtschaft wenig mehr als 25 % im Vergleich zum Westen. So kam es unter den Bedingungen des Wettbewerbs zum Verlust sehr vieler Unternehmen und Arbeitsplätze. Die Währungsunion, der Aufbau der Landesverwaltungen und des öffentlichen Dienstes, die Abkehr von der Planwirtschaft und der dramatische Wandel der Wirtschaftsstruktur, die Anpassung der Sozialsysteme, die Einführung des Rechtsstaats und die Umgestaltung der Justiz, der Wohnungsbau und der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur – all dies waren gewaltige Aufgaben, die innerhalb kurzer Zeit zu bewältigen waren.

In dem Maße, in dem der Staat den Vereinigungsprozess im Osten sozialverträglich absicherte und damit auch stärker Verantwortung für die Lebensverhältnisse im Osten übernahm, stiegen Staats- und Sozialleistungsquote erneut an; die Verschuldung nahm wieder zu. Dem Verlust von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern, die mit den Schwächen der DDR-Wirtschaft zu kämpfen hatten, folgten ab 1993 auch in Westdeutschland ein Beschäftigungsrückgang und ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen.

Die vereinigungsbedingten Probleme bildeten nur eine der Herausforderungen, mit denen sich die Ordnungs- und Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl in den 1990er Jahren konfrontiert sah. Die Globalisierung und eine fortschreitende Europäisierung des Arbeitsmarktes hatten weltweit den Produktionsfaktor Kapital auf Kosten des Faktors Arbeit ge-

stärkt. So gerieten mit dieser Entwicklung die Arbeitskosten und in deren Folge die kostenintensiven sozialstaatlichen Modelle in Europa unter Druck. Die Konkurrenz der ostmitteleuropäischen Länder und der Aufstieg der asiatischen Schwellenländer entfachten in Deutschland eine neue Diskussion über den Zusammenhang zwischen hohen Arbeitskosten bzw. einer hohen Sozialleistungsquote und der weiter steigenden Massenarbeitslosigkeit. Zu den Kosten der Vereinigung und den Folgen der Globalisierung gesellte sich der demographische Wandel in Deutschland, dessen Auswirkungen auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, deutlich spürbar waren. Eine weitere Herausforderung schließlich bildeten die Folgen der europäischen Integration, hier insbesondere die Kriterien des Vertrages von Maastricht, die es einzuhalten galt.

Als 1992 deutlich wurde, dass die Übertragung der Institutionen und Instrumente des westdeutschen Sozialstaates auf die neuen Länder verwaltungstechnisch gelingen würde, knüpfte die Regierung Kohl an ihre Politik der 1980er Jahre wieder an. Zwar stand sie mit Blick auf die Absicherung des Aufbaus Ost weiterhin zur starken Stellung des Staates in diesem Prozess, stieß aber eine neue Debatte über den Wirtschaftsstandort Deutschland an und begann, zu der 1989 unterbrochenen Strategie einer Entstaatlichung des Wirtschaftslebens zurückzukehren. Helmut Kohl forderte eine Anpassung des Wirtschaftsstandortes Deutschland an die neuen Rahmenbedingungen der Globalisierung und eine Neufestsetzung der wirtschaftspolitischen Prioritäten und Instrumente. Der Sozialpolitik kam dabei eine besondere Aufgabe zu. Sie wurde keineswegs eindimensional als Verursacherin der ökonomischen Probleme identifiziert, sollte nun aber einen aktiven Beitrag zu deren Überwindung leisten.

Die Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre stand dabei vor der schwierigen Aufgabe, gegenläufige Prozesse im Verhältnis zwischen dem Staat und dem Bürger bzw. der Gesellschaft zu koordinieren und immer wieder aufs Neue zu begründen. Die Regierung Kohl reagierte darauf mit einer Doppelstrategie. Dabei bildeten die Übernahme staatlicher Verantwortung für zentrale Lebensbereiche einerseits und der Rückzug des Staates aus seiner wettbewerbshemmenden Funktion in anderen Bereichen die beiden Seiten des neuen Kurses, der 1993 mit der Einbringung eines umfangreichen Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms durch die Bundesregierung seinen Anfang nahm. Das „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung" vom Februar 1994 ging noch einen Schritt weiter. Im Mittelpunkt standen die Förderung von Existenzgründungen des Mittelstands, Deregulierungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt und die generelle Zulassung der privaten gewerblichen Arbeitsvermittlung. Nach zähem Ringen mit der Opposition, die seit 1991 die Mehrheit im Bundesrat besaß, traten die vorgeschlagenen Maßnahmen in teils leicht abgewandelter Form am 1. August 1994 in Kraft.

Demgegenüber stellte die Einführung der Pflegeversicherung als vierte – und damit die Arbeitskosten zweifellos belastende – Säule der Sozialversicherung eine notwendige Antwort auf die Bedürfnisse einer Gesellschaft dar, die sich den Konsequenzen aus zunehmender Alterung, der Veränderung von Familienstrukturen und der Individualisierung der Lebensformen stellen musste. Der Bundestag hatte 1992 die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel" nicht zuletzt mit dem Ziel eingesetzt, Strategien gegen die in Deutschland drohende Altersarmut zu entwickeln. Die Einführung der Pflegeversicherung zählt zu diesen Strategien, die gleichwohl dazu führte, dass der Staat erneut Verantwortung übernahm – in diesem Fall für die soziale Abfederung demographischer Veränderungen.

GESUNDHEITSPOLITIK

Das bundesdeutsche Gesundheitswesen stand 1982 vor dem Problem, wie sich langfristig stabile Kosten mit dem Ziel verbinden lassen, ein gutes Versorgungsniveau zu halten. Medizinisch-technischer Fortschritt und demographischer Wandel hatten anhaltende Kostensteigerungen verursacht, die auch nach dem Regierungsantritt der Koalition aus CDU, CSU und FDP nicht vollständig zurückgeführt werden konnten. Immerhin konnte ein weiterer Anstieg gebremst werden. 1982 begann die Regierung mit dem Abbau staatlicher Vorschriften, um den Wettbewerb unter den Leistungsanbietern, d. h. den Kassen, zu stärken. Schrittweise wurde die Eigenbeteiligung der Versicherten bei Arzneimitteln und Krankenhausaufenthalten erhöht; mit Hilfe von Positiv- bzw. Negativlisten wurde die Pharmaindustrie veranlasst, eine Kostendämpfung nun auch in die eigenen Kalkulationen mit einzubeziehen. Ein behutsamer Rückzug des Bundes aus der Krankenhausfinanzierung schuf erstmals die Möglichkeit, Gewinne oder Verluste zu erwirtschaften; 1992 wurde das Selbstkostendeckungsprinzip durch Fallpauschalen und Sonderentgelte ersetzt.

Verstärkter Wettbewerb und die Einschränkung von Leistungen sicherten das Gesundheitswesen vor dem drohenden Kollaps. Durch die Reformen von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer sollten nicht nur die Patienten zu einem besseren Kostenbewusstsein angehalten werden; auch die Leistungsanbieter, vor allem die Pharmaindustrie, waren gezwungen, ihren Beitrag zu den erforderlichen Einsparungen zu leisten.

1994 wurde mit dem Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung (RSA) ein Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen eingeführt. Damit sollten die Nachteile ausgeglichen werden, die sich bei den einzelnen Kassen durch eine unterschiedliche Versichertenstruktur ergaben.

SOZIALSTAAT DEUTSCHLAND

Zur finanziellen Konsolidierung und „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft" ging die Regierung Kohl im Bereich der Sozialleistungen zunächst daran, die Ausgaben zu bremsen. Kürzungen wurden insbesondere bei der Ausbildungsförderung, bei der Sozialhilfe, bei Arbeitslosengeld und -hilfe sowie bei den Renten vorgenommen. Zwischen 1982 und 1990 sank die Sozialleistungsquote von 33,0 % auf 29,0 % Prozent.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gelang es, diese Konsolidierung ohne politische Konflikte durchzusetzen. Dies lag zum einen daran, dass die Regierung mit ihren Kürzungen nicht auf einen radikalen Umbau des Sozialstaats aus war und Kernbereiche der Sozialpolitik nicht antastete. Tarifautonomie und Sozialversicherungsstruktur blieben erhalten; mit der Einführung der Pflegeversicherung kam 1994 sogar eine fünfte Säule in der sozialen Sicherung hinzu.

Zum anderen gelang es, die Prinzipien der Subsidiarität und der Eigenverantwortung aufzuwerten und mit der nachhaltigen Inflationsdämpfung den Menschen die Möglichkeit zurückzugeben, eigene Vorsorge selbstverantwortlich zu planen. Neben dem Abbau von Überversorgungen, einer engeren Verknüpfung von Beiträgen und Leistungsansprüchen ist hier vor allem die Abkehr von der konservativen Familien politik der 1950er und 1960er Jahre unter den Ministern Rita Süßmuth und Heiner Geißler zu nennen. In die Familienförderung wurden vermehrt Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingebaut.

Nach der Vereinigung kehrte der Finanzierungsbedarf die Entwicklung im Bereich der Sozialleistungsquote zunächst wieder um. Dies war der Preis, der für die Aufgabe bezahlt werden musste, das westdeutsche Sozialrecht auf die neuen Bundesländer zu übertragen. Der wohl wichtigste Erfolg war dabei, dass die Preisstabilität in Deutschland nicht litt; nur so konnten die Sozialunion am 1. Juli 1990 erfolgreich eingeführt und der Einigungsprozess nach dem 3. Oktober 1990 sozialpolitisch abgesichert werden.

Nach der Konsolidierung des Aufbaus Ost 1992 ging die Regierung Kohl daran, die gesetzlichen Sozialleistungen behutsam abzusenken. Noch im gleichen Jahr wurde der weitere Anstieg des Anteils der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 8,7 % begrenzt. In der gesetzlichen Rentenversicherung wurde 1992 die bisherige Orientierung der Rentensteigerungen an der Bruttolohnentwicklung durch eine Anpassung an die Nettolohnentwicklung ersetzt. 1997 wurde die Rentenanpassungsformel um einen demographischen Faktor ergänzt, den die Regierung Schröder 1999 wieder rückgängig machte. Im Bereich der Gesundheitskosten und der Rentenzahlungen konnte die Finanzierbarkeit der Sozialleistungen und damit der Bestand dieser beiden Säulen der Sozialversicherung gesichert werden. Damit gelang es der Regierung Kohl, den deutschen Sozialstaat innerhalb des bestehenden Systems in einer Zeit zu reformieren, in der die Sozialunion und die Einführung der Pflegeversicherung diesen vor neue finanzielle Herausforderungen gestellt hatten. Deutlich wurde aber auch, dass weitere Reformen und damit Eingriffe in soziale Besitzstände unumgänglich sein würden, um die Konsolidierungsbemühungen der 1990er Jahre dauerhaft zu sichern.

FINANZPOLITIK

In der christlich-liberalen Regierung machte sich vor allem Finanzminister Gerhard Stoltenberg für eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft als ordnungspolitischem Ziel stark. Die Ausgaben des Bundes stiegen im Jahresdurchschnitt nur noch um 2 % an; dies war ein wesentlicher Beitrag für die Rückführung der Staatsquote und der Neuverschuldung. Erfolge stellten sich bald ein. Die Defizite der Gebietskörperschaften sanken, die Inflation ging bis 1987 auf weniger als ein Prozent zurück, die Staatsquote fiel bis 1989 auf 45,3 %.

Aus der Sicht Stoltenbergs und seines Nachfolgers Theo Waigel spielte die Investitionstätigkeit der Unternehmen eine entscheidende Rolle bei der Überwindung der wirt-

schaftlichen Krise. Anreize für Investitionen sollten einerseits mit Steuervereinfachungen und -entlastungen, andererseits durch den Rückzug des Staates aus Industriebeteiligungen geschaffen werden. Ersten Strukturreformen, die den Abbau von Steuersubventionen vorsahen (etwa der Investitionshilfeabgabe und des Kohlepfennigs), folgte 1986 eine dreistufige Steuerreform, die die Steuerpflichtigen um einen Gesamtbetrag von 50 Mrd. DM entlastete.

Bereits im Mai 1985 lag ein Gesamtkonzept für umfangreiche Privatisierungen vor, die mit der Postreform einen ersten Höhepunkt erreichten und an deren Ende sich der Bund von 618 direkten und indirekten Unternehmensbeteiligungen getrennt hatte. 1998 wurden die Wachstumssektoren Telekommunikation und Energiewirtschaft dem Wettbewerb geöffnet. Auch in den neuen Bundesländern standen nach der Wiedervereinigung die Schaffung freien Wettbewerbs und der Verzicht auf eine expansive Schuldenpolitik im Vordergrund, als es darum ging, die Wirtschaft an die westdeutschen Rahmenbedingungen anzupassen. In diesem Sinne ging die Treuhandanstalt an eine rasche Privatisierung der Staatsunternehmen der DDR; auf den Einsatz industriepolitischer Maßnahmen, die im Gegensatz zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gestanden hätten, verzichtete die Regierung bewusst.

UMWELTPOLITIK

„Umweltschutz ist neben der Vermeidung kriegerischer Konflikte die wichtigste Aufgabe der Menschheit in den nächsten Jahren", erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am 14. Oktober 1982 vor dem Deutschen Bundestag. Mit einer dichten Abfolge von Regierungsinitiativen zu diesem Aufgabenbereich erlangte die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung eine Vorreiterrolle in Fragen des internationalen Umweltschutzes. Die Regierung Kohl nahm selbst Auseinandersetzungen mit der Automobilindustrie und der Energiewirtschaft sowie mit EG-Mitgliedsstaaten in Kauf, um in Deutschland und in Europa für eine spürbare Hebung der Standards zu sorgen.

Der Großfeuerungsanlagenverordnung von 1983 mit strengen Vorschriften zur Emissionsbegrenzung der Kraftwerke folgte noch im gleichen Jahr ein Vorstoß, die in den USA geltenden Abgaswerte für Personenkraftwagen als Richtlinie auch in der EG durchzusetzen.

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 errichtete die Bundesregierung das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) mit einem Etat von 430 Mio. DM. An die Spitze berief Bundeskanzler Kohl den hessischen CDU-Politiker Walter Wallmann. Ende 1986 legte Wallmann den Entwurf eines „Gesetzes zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt" vor. Auf der Sonderkonferenz der Internationalen Atomenergiekonferenz (IAEO) im September 1986 in Wien trat er für eine internationale Zusammensetzung der Festsetzung der Strahlenwerte ein.

Die Bundesminister Wallmann (1986/87) und sein Nachfolger Klaus Töpfer (1987 – 1994) sorgten für eine Reihe von Verbesserungen und Ausstiegsregelungen. Dazu gehörten die steuerliche Förderung abgasarmer Autos, das Verbot bleihaltigen Benzins, eine Regelung zum Ausstieg aus den Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), die zur Schädigung der Ozonschicht beitragen, das Wasch- und Reinigungsmittelgesetz mit einer Begrenzung des Phosphatgehalts, schließlich Programme zum Schutz von Nord- und Ostsee sowie des Rheins. Gegen die Vorbehalte der Chemieindustrie setzte die Bundesregierung das „Verursacherprinzip" durch, demzufolge die Verantwortung für Umweltbelastungen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden dürfen (Umwelthaftungsrecht).

Im Jahre 1994 konnte der Umweltschutz als Staatsziel im Grundgesetz festgeschrieben werden. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits gelungen, mittels Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Finanzmitteltransfers die Umweltsituation in den neuen Bundesländern spürbar zu verbessern und die am 1. Juli 1990 in Kraft gesetzte „Umweltunion" mit Leben zu füllen.

In der Folgezeit verlangsamte sich der Prozess, doch war es die Bundesregierung, die mit ihrer Diplomatie auf den Konferenzen in Rio de Janeiro 1992, Berlin 1995 und Kyoto 1997 im globalen Maßstab für eine zunehmende Sensibilisierung internationaler Institutionen sorgte. Gegen Ende der Regierungszeit der christlich-liberalen Koalition, als das Ressort von Angela Merkel geleitet wurde, nahm die Bundesrepublik Deutschland die führende Position im Welthandel mit Umweltschutzgütern ein.

Eine besondere Herausforderung stellte die ökologische Sanierung der neuen Bundesländer dar; sie wurde viel schneller erreicht, als man dies angesichts der Ausgangsbedingungen erwarten konnte. Somit stellte die Umweltpolitik in der Ära Kohl einen Aktivposten dar.

Die Bundestagswahlen am 6. März 1983 sicherten der CDU und ihrem Koalitionspartner FDP eine klare Mehrheit für vier weitere Jahre. Helmut Kohl wurde am 29. März wieder zum Bundeskanzler gewählt.

Stratege und politischer Baumeister

Henning Köhler

„Helmut Kohl hat Deutschland und Europa entscheidend vorangebracht."

Auf Helmut Kohl trifft das Wort Helmut Schelskys von der „skeptischen Generation" absolut nicht zu. Bei ihm gab es keinerlei Reserve gegenüber der Politik. Die Kommunalwahl von 1946 war so etwas wie die Initialzündung. Seit dieser Zeit kämpfte und arbeitete er für die Partei. Ihn zeichnete eine „fast naturhafte Verbundenheit mit dem Parteileben" aus, wie der Trierer Politologe Erwin Faul zu Recht festgestellt hat.

Kein Kanzler hat ein ähnliches Engagement in der Partei gezeigt. Es war – neben dem eigenen Aufstieg natürlich – von dem Willen zur Parteireform bestimmt. Er wollte die Partei verändern, von dem Kanzlerwahlverein zur modernen Mitgliederpartei, denn er erblickte in einer mitgliederstarken Volkspartei zugleich die Möglichkeit, ihre demokratische Substanz und damit ihre Legitimation zu stärken. Er wollte, dass die wichtigen politischen Entscheidungen, die die Parteien zu treffen hatten, von einer zahlenmäßig größeren Mitgliederschaft getroffen werden sollten.

DAS „WURZELGEFLECHT"

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem „System Kohl", das in den Neunzigerjahren gleichsam als Chiffre für eine Art mafiöse Vereinigung dargestellt worden ist. Tatsächlich ist der Sachverhalt simpler. Jeder Politiker muss seinen Anhang pflegen, vor allem im eigenen Landesverband. Dort war seine Stellung einzigartig. Die Erklärung für die dann sich ausbildenden Beziehungen, die häufig mit einem Anflug von Neid als „Wurzelgeflecht" bezeichnet wurden, liegt in Helmut Kohls unermüdlichem Einsatz, vor allem in Wahlkämpfen. Kein Politiker der CDU hat so intensiv Wahlkampf geführt wie er. Bei der für ihn charakteristischen Kontaktstärke ergaben sich enge Beziehungen, die ebenso auf der Wirksamkeit seines Einsatzes wie auf der Zuverlässigkeit beruhten, mit der er Wahlkampfverpflichtungen übernahm und auch erfüllte.

Mit dem ihm eigenen Sinn für eine „kluge und weitsichtige Personalpolitik" ergab sich im Laufe von Jahrzehnten fast von selbst das „Wurzelgeflecht", in das viel Unsinn hineingeheimnist worden ist. Der Hang zur Personalpolitik findet bei Kohl noch eine andere Begründung. Er erkannte schon frühzeitig, dass in der Partei politische Begabungen dünn gesät waren. Deshalb hielt er stets Ausschau nach fähigem Nachwuchs oder Persönlichkeiten, die er für die Partei gewinnen und in wichtige Positionen hineinbringen konnte. „Ich bin immer auf Talentsuche", hatte er einmal zu Günter Gaus gesagt. Von Blüm bis Weizsäcker reicht die Liste der von ihm Geförderten, die aber dann durch ihr Handeln oft die Spruchweisheit bestätigen sollten, dass es in der Politik keine Dankbarkeit gibt.

Kohls Einsatz für die Partei wurde vom Parteivolk honoriert. Er wurde als Parteivorsitzender stets mit großen Mehrheiten in seinem Amt bestätigt. 1975 waren es 98 Prozent, was einen Parteitagsdelegierten zu der Bemerkung veranlasste, es wären fast „Ost-Berliner Verhältnisse".

Die größte Herausforderung bestand für ihn in der Gegnerschaft von Franz Josef Strauß und der diesem unbedingt folgenden CSU. Schon nach der verlorenen Wahl von 1972 drohte die CSU mit der Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft. 1975 gelang es Kohl unter erheblichen Schwierigkeiten, zum Kanzlerkandidaten der Union bestimmt zu werden, denn Strauß musste durch die Veröffentlichung seiner berüchtigten Sonthofener Rede zurückstecken. Da war der Spiegel ungewollt Kohl zu Hilfe gekommen, als das Magazin im März 1975 mit dem Abdruck des Redetextes den Mann vorstellte, der „bis zum Rest des Jahrhunderts aufzuräumen" versprach. Die schließlich erfolgte Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft nach dem hohen Wahlsieg vom Oktober 1976 mit 48,6 Prozent, dem größten Wahlerfolg seit

Nicht immer ein Herz und eine Seele: Franz Josef Strauß und Helmut Kohl waren politische Weggefährten, aber auch Rivalen um die Macht.

1957, wurde von Kohl besonnen, aber entschieden in der Sache rückgängig gemacht. Aber damit war nicht viel gewonnen. Strauß steckte nicht zurück, sondern rechnete sich für die Wahlen von 1980 eine erneute Chance aus.

Kohl hatte es als Oppositionsführer mit einer einmaligen Situation zu tun. Ungefähr ein Drittel der Fraktion setzte auf Strauß und die zu gründende vierte Partei, hielt sich in der Fraktion selbst zurück und schwächte den Vorsitzenden durch Hintergrundgespräche mit der Presse, denn auch die bürgerliche Presse stand keineswegs hinter Kohl. Springer unterstützte Strauß und ließ die Welt entsprechend schreiben. Selbst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gab es entschiedene Kohl-Gegner und Strauß-Sympathisanten. Die Fraktion selbst war ein schwieriges Gebilde. Kohl musste bitter feststellen, dass es nach 1976 nicht ein einziges Mal gelungen war, der Regierungskoalition angesichts ihrer schwachen Mehrheit von zehn Stimmen eine Niederlage zuzufügen.

Vor den Schleswig-Holstein-Wahlen im April 1979 wurde von seinen Gegnern unter der Hand schon vorher verbreitet, diese Wahlen würden verloren gehen, um dann aber, wenn die angekündigte Niederlage tatsächlich eintraf, die Schilderhebung von Franz Josef Strauß als rettenden Ausweg zu propagieren. Allerdings taten die Wähler der CSU diesen Gefallen nicht. Ähnlich verhielt es sich bei der Europawahl, die der SPD eine empfindliche Niederlage einbrachte. Rückblickend, nachdem bei der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai der CDU-Kandidat Karl Carstens schon im ersten Wahlgang erfolgreich war, erklärte Kohl dann vor der Fraktion am 12. Juni 1979: „Was ich an schlanken Erpressungsversuchen erlebt habe vor dieser Bundespräsidentenwahl, das spottet wirklich jeder Beschreibung." Den Abgeordneten, die ihm nicht offen, sondern über die Medien mangelnde Führungskraft vorwarfen, hielt er entgegen, dass „diese mangelnde Führungskraft dazu beigetragen hat, dass wir jetzt diese drei Wahlen siegreich bestanden haben" – die Wahl in Schleswig-Holstein, die Europawahl und die Wahl des Bundespräsidenten.

Wie die Kanzlerkandidatur für 1980 im Mai in Gang kam, sagte einiges über das Innenleben der Union aus. Franz Josef Strauß hatte sich trotz des Drängens seiner Anhänger zur Kandidatur noch nicht entschließen können. Er war halt ein Zauderer. Als aber in der entspannten Atmosphäre unmittelbar nach der Wahl von Carstens plötzlich das Gerücht die Runde machte, Kohl habe auf die Kandidatur verzichtet und den niedersächsischen Ministerpräsidenten zur Kandidatur bewogen, sorgte das für besonders heftige bayerische Empörung. Im engsten Führungskreis der CSU, angefeuert von den lockeren Sprüchen des Springer-Intimus Peter Boenisch, wurde Strauß mit viel Alkohol in einem Godesberger Lokal zur Annahme der Kandidatur bewogen. Am nächsten Tag gab es jedoch Schwierigkeiten, das Verabredete zu rekonstruieren.

Es gibt keine Zeugnisse, die uns informieren, wann und unter welchen Umständen Kohl zu der Einsicht gelangte, nicht als Kandidat für 1980 anzutreten. Jedenfalls überzeugte er Albrecht davon, dass es auch in seinem Interesse sei, für die CDU zu kandidieren. Mit Sicherheit war Albrecht kein Zählkandidat. Das verbot ihm schon sein ausgeprägtes Selbstgefühl, das es ausschloss, sich von Kohl in eine voraussehbare Niederlage schicken zu lassen. Nun stellt sich die Frage: War Kohls Verzicht das Ergebnis einer Planung, die darauf beruhte, dass er selbst warten könne, Strauß aber die Wahl verlieren würde und dass er dann beim nächsten Mal umso sicherer die Kandidatur und die Wahl zum Kanzler gewinnen würde? Eine solche Überlegung war nahe liegend und hat sich im Nachhinein auch als richtig erwiesen.

EINHEIT DER UNION

Kohl selbst wies allerdings ein derartiges Kalkül weit von sich. Er sprach „von bösartigen Zynikern", die „unter der Hand" erklärten, „dieser Kandidat […] gewinnt nie die Wahl, aber ich bin dafür, damit vielleicht dann 1980 dieses Personalproblem gelöst ist nach dem Motto, den sind wir los!". Eine solche Haltung hat Kohl in schärfster Weise verurteilt. Das war für ihn ein „Verbrechen an unserem Wählerauftrag, am Geist der CDU/CSU, dem Gesetz des Anfangs dieser Union". Für Kohl ging es darum, dass in einer politisch schwierigen Situation der richtige Kandidat ohne Rücksicht auf taktische Überlegungen gewählt wurde. Schon sein Hinweis, dass man sich mit einer solchen Haltung am „Gesetz des Anfangs dieser Union" vergehen würde, zeigt, wie ernst es ihm dabei war. Es sollte eine Entscheidung mit Blick auf die Probleme der Zukunft getroffen werden. In der Politik ist nicht alles Taktik; und Kohl war ein Politiker, der mitunter sehr emotionale Töne anschlug. Daher sind seine Worte so zu verstehen, dass in der konkreten Situation für ihn die Einheit der Union auf dem Spiel stand.

Kohl hat sich oft als Parteiarbeiter bezeichnet, der der Partei diente. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass Kohl bei diesen beschwörenden Worten seine Person und seinen Führungsanspruch völlig zurückstellte. Die Partei musste erhalten bleiben, seine Kanzlerkandidatur war in dieser Situation für ihn zweitrangig.

In dieser Situation darf eines nicht vergessen werden: Kohl stand an einem Tiefpunkt seines Lebens. Er konnte die Demontage seiner Stellung nicht aufhalten und zog selbst die Konsequenz, indem er auf die Kandidatur verzichtete. Als dann am 2. Juli die Abstimmung über den Kanzlerkandidaten in der Fraktion erfolgte, siegte zwar Strauß, aber mit welchem Ergebnis: Für ihn wurden 135 Stimmen abgegeben, für Albrecht 102. Die Mehrheit für Strauß war alles andere als überzeugend, wenn man bedenkt, dass eine Reihe von Abgeordneten – anders als Kohl es gewünscht hatte – für Strauß gestimmt hatte, um ihm die Chance einzuräumen, als Kanzlerkandidat zu scheitern.

REGIERUNGSWECHSEL UND PROBLEMFELDER

Die sozialliberale Koalition endete im September 1982. Ihre Gemeinsamkeiten waren aufgebraucht. An der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung schieden sich die Geister. Die Union stellte den Regierungswechsel als „politisch-moralische Wende" dar und stieß damit sofort auf Kritik. Wir wissen heute, dass dieser Begriff – allerdings ohne jedes Attribut – einer größeren politischen Umwälzung vorbehalten blieb.

Die neue Regierung hatte seit dem Amtsantritt die Medien gegen sich. Das war für Kohl nichts Neues. Was aber viel schwieriger war und die politische Arbeit erheblich kompli-

Helmut Kohl und Ludwig Erhard, der als Gründungsvater der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland immer sein Vorbild gewesen ist.

zierte, war der Streit innerhalb der Koalition. Denn ihr Bogen spannte sich vom linken Flügel der CDU über die wirtschaftsliberale FDP bis zur konservativen CSU, wobei das ausgeprägte Feindbild, das Strauß gegenüber der FDP pflegte, für dauernde Spannung sorgte. Die scharfen Gegensätze entstanden zumeist bei der Gestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Denn die Sparmaßnahmen, mit denen die Regierung begonnen hatte, führten zu Begehrlichkeiten, als die Krise ihre Schrecken verlor. Da wurden sozialpolitische Wohltaten erzwungen wie die Trümmerfrauenrente, die auf der anderen Seite die Forderung nach Steuersenkung, vor allem bei der Einkommensteuer, immer dringlicher erscheinen ließ. Es konnte aber auch zu bemerkenswerten Schwenks kommen, wenn etwa Franz Josef Strauß plötzlich von der Angst ergriffen wurde, das deutsche Volk könnte aussterben. Da entstand dann „eine Koalition in der Koalition" zwischen Blüm und Geißler und der CSU, die sich für das Mutterschaftsgeld starkmachten. Strauß wischte finanzpolitische Bedenken mit dem umwerfenden Satz beiseite, andernfalls „übergeben wir einem sterbenden Volk konsolidierte Haushalte".

Die Konsolidierungspolitik von Finanzminister Stoltenberg war durchaus erfolgreich, die Haushaltssanierung machte Fortschritte, und die Neuverschuldung ging zurück. Aber im Kampf um die Steuerreform, die endlich eine fühlbare Entlastung der Steuerzahler bringen sollte, wurden die Gegensätze immer schärfer. Das ging bis zur Rücktrittsdrohung Kohls – der einzigen – im März 1987. Das Kabinett war überfordert, Elefantenrunden der Parteivorsitzenden wurden eingerichtet, um Einigungen zu erreichen. Da kämpften Landesfürsten wie Späth und Albrecht, ohne jede Rücksicht auf die Bundespartei und erst recht nicht auf den Kanzler zu nehmen, für die Steuerfreiheit von Jahreswagen, und Strauß provozierte die Sozialdemokraten mit der von ihm durchgesetzten Steuerbefreiung für Flugbenzin für Privatflieger und brach damit eine Riesendebatte los, in der der Sozialneid Triumphe feierte.

Oppositionsführer Helmut Kohl im Deutschen Bundestag. Im Hintergrund Helmut Schmidt, den er im Oktober 1982 als Bundeskanzler ablöste.

Karl Carstens, Bundeskanzler Helmut Kohl und Heiner Geißler beim Bundesparteitag der CDU im September 1989 in Bremen (v.l.).

Die sozialpolitischen Auseinandersetzungen konnten den Charakter von Glaubenskämpfen annehmen. Was schlimmer war: Sie prägten zunehmend das Koalitionsklima. Der Kanzler war der Verlierer. Als Mann der Mitte musste er ausgleichen und konnte sich nicht auf Kosten anderer profilieren. Innerparteiliche Opposition regte sich. Ihr führender Kopf war Heiner Geißler, ein Sozialpolitiker, der mit Norbert Blüm die Schlachten um die Sozialpolitik schlug, aber weiter ausgriff. Er suchte zuerst die scharfe Konfrontation mit der SPD, zum Teil mit infamen Unterstellungen. Nach und nach entwickelte er eine Politik, die nach links ging und sich zunehmend mit den „Problemen des Hungers in der Welt" und „weltweiten Umweltproblemen" befasste. Die Wiedervereinigung interessierte ihn nicht. Sie schien ihm erst möglich, wenn alle europäischen Staaten dieser zustimmten, womit nicht zu rechnen war. Der Parteiveteran Bruno Heck erklärte 1988, Geißler empfinde sich selbst als politischer Führer der CDU. Es war nur folgerichtig, dass Kohl ihn nicht zur Wiederwahl als Generalsekretär vorschlug.

Mit der Öffnung der ungarischen Grenze am Vorabend des Bremer Parteitages im September 1989 brach der Putsch gegen Helmut Kohl zusammen, bevor er sich richtig entwickeln konnte. Es ist für die Gemengelage der Partei charakteristisch, dass Kohl selbst problemlos zum Vorsitzenden gewählt wurde, aber der von ihm entmachtete Geißler mit großer Mehrheit zum stellvertretenden Vorsitzenden aufrückte. Der Hauptpunkt der Kritik an Kohl lag wieder in seiner angeblichen Führungsschwäche. Es ist nur erstaunlich, wie schnell das Wort von der Führungsschwäche verschwinden sollte, als er nach dem Fall der Mauer mit den zehn Punkten die Initiative in der Deutschlandpolitik übernahm und mit seiner Rede in Dresden im Dezember einen emotionalen Durchbruch erzielte.

MENSCHLICHES VERSTÄNDNIS UND RASCHE HILFE

Seine tatsächliche Stärke in der Außenpolitik blieb seinen Kritikern in der Regel verborgen. Wer wusste schon etwas von den engen Kontakten, die er bereits 1980 zu dem damaligen Präsidentschaftskandidaten Reagan geknüpft hatte, als dieser – vom offiziellen Bonn nicht zur Kenntnis genommen – von Kohl zu einem ausgedehnten Gespräch empfangen wurde? Die Beziehungen sollten dann durch das Standhalten in der Nachrüstung ungemein befestigt werden. Keiner konnte so eindrucksvoll wie Vizepräsident George Bush erzählen, wie er mit Kohl vor dem Steinhagel friedensbewegter Demonstranten in einer Tiefgarage Zuflucht nehmen musste. Mit dem Pfund dieser gemeinsamen Erfahrungen sollte Kohl dann später wuchern können.

Helmut Kohl besitzt die seltene Gabe, mit ausländischen Staatsmännern rasch einen echten menschlichen Kontakt herzustellen und sie in einer Weise anzusprechen, die die Partner angenehm überraschte, auch wenn manche von ihnen anfangs Schwierigkeiten hatten, von Kohl gleich geduzt zu werden. Kohl beließ es jedoch nicht bei Smalltalk und Kontaktpflege. Mit Mitterrand betrieb er nicht nur Symbolpolitik. Bei den komplizierten Verhandlungen über die Agrarpolitik, aber auch in Währungsfragen, kam er dem französischen Partner diskret, aber wirkungsvoll zu Hilfe. Der Weg bis zum Paukenschlag der Einigung über die deutsche Frage im Kaukasus war – unbeschadet der freundschaftlichen Zuneigung zu Gorbatschow – mit effektiven wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmaßnahmen gepflastert.

Diese Verbindung von menschlichem Verständnis und rascher Hilfe gilt es, als probates Mittel der Außenpolitik Kohls im Auge zu behalten. Vor allem bei den kleineren europäischen Staaten wurde dies hoch geschätzt. Kürzlich klagte die Neue Zürcher Zeitung, dass mit der Abwahl Kohls „der Zwirn gerissen sei, der eine beeindruckende Kommunikation auf höchster Ebene garantierte".

Die zweite Hälfte der Regierungszeit Kohls begegnet in seltsamem Licht. Manchen westdeutschen Politikern, ihren Wählern und den ihnen nahestehenden Medien erschienen

Helmut Kohl gelang es meist rasch, gute menschliche Beziehungen zu ausländischen Staatsmännern aufzubauen: Jacques Chirac traf er bereits einen Tag nach dessen Amtsantritt als neuer französischer Präsident im Jahr 1995. Zu Ronald Reagan pflegte er schon engen Kontakt, als dieser noch Präsidentschaftskandidat war.

diese Jahre als „Reformblockade" oder als „Jahre der Erstarrung". Auch im Rückblick auf diese Jahre wird diese Perspektive immer wieder beschworen. Das zeigt nur eins: Diese unter dem angeblichen Reformstau Leidenden lebten weiter in der alten Bundesrepublik. Die Wirklichkeit stellte andere Anforderungen. In den neuen Bundesländern machten sich Wut und Enttäuschung breit. Der Wiedervereinigungsboom ging schon 1992 zu Ende. Die Kritik nahm zu, sogar von höchster Stelle. Bundespräsident Richard von Weizsäcker – seit Langem ein Gegner Kohls – warf in einem Interviewbuch mit zwei ZEIT-Journalisten „der politischen Führung", sprich Kohl, vor, den „Appell zu einem wahren Lastenausgleich" nicht an die Westdeutschen gerichtet zu haben. Das war reines Wunschdenken, denn schon 1990 zeigten die Umfragen, wie gering die Bereitschaft zum Verzicht tatsächlich entwickelt war.

Als 1993 eine schwere Rezession eintrat, schien der Kanzler mit Blick auf die Wahl von 1994 chancenlos zu sein. Nur Kohl selbst verkündete unverdrossen die bevorstehende Verbesserung der Wirtschaftslage, und tatsächlich: Die Konjunktur sprang an und ermöglichte dem Kanzler einen knappen Sieg.

MILDE UND BEHERRSCHENDE FÜHRUNG ZUR EINIGUNG EUROPAS

Weitaus bedeutender gegenüber der Kärrnerarbeit des Aufbaus Ost mit all seinen Konferenzen, Besuchen, Ermutigungen und Enttäuschungen stellt sich in historischer Perspektive der Fortschritt in der Einigung Europas dar. Es war vor allem die unglaubliche Führungskraft Kohls, die Europa so weit voranbrachte. Die Weichenstellung dafür fand bereits 1991 in Maastricht statt. Aber ohne Kohl als treibende Kraft wäre es mit Sicherheit nicht zur Einführung des Euro gekommen. Denn es war die deutsche Seite, die mit der ominösen Obergrenze des Defizits von drei Prozent des Bruttosozialproduktes die Latte so hoch legte, dass Bonn selbst in erhebliche Schwierigkeiten geriet, ihr eigenes Limit auch zu erreichen. Welche andere Regierung als die des hoch motivierten Europäers Helmut Kohl hätte es fertiggebracht, angesichts der unzähligen kostspieligen Baustellen im eigenen Land die Wirtschafts- und Währungsunion mit solcher Energie voranzutreiben, die notwendigerweise viele weitere Milliarden kosten mussten?

Unter der milden, aber doch beherrschenden Leitung Kohls hatten die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat gelernt, dass von diesem Deutschen keine Bedrohung ausging. Sie wussten auch, dass die von ihm durchgesetzten Kompromisse vor allem gemeinschaftsfördernd waren. John Major hat rückblickend festgestellt, dass das „Ich stimme mit Helmut überein" das Leitmotiv der Beratungen gewesen sei.

Die Geschichte der europäischen Einigung in den achtziger und neunziger Jahren ist in erheblichem Maße von Kohl gestaltet worden. Europapolitisch ist die Ära Kohl im zwanzigsten Jahrhundert mit der Ära Adenauer und der Ära Stresemann, im neunzehnten Jahrhundert mit der Stellung Bismarcks in den 1870er- und 1880er-Jahren zu vergleichen. Helmut Kohl ist in einer Kontinuität von Kanzlern, die mit Adenauer beginnt und mit denen der Begriff der Kanzlerdemokratie verknüpft ist, der letzte. Er übernahm das Amt, als eine neue Generation den politischen Konsens der ersten Jahrzehnte aufgekündigt hatte und in vielfältiger Weise zusammen mit den Medien die Gesellschaft zu verändern begann. Sein Vorgänger Helmut Schmidt war an diesen Kräften gescheitert. Kohl hatte ebenfalls mit dieser Fundamentalopposition zu kämpfen. Er hielt ihr stand, aber die Stabilität seiner Mehrheit geriet mitunter in Gefahr. Seine lange Regierungszeit ist daher auch als zähes Behaupten gegenüber diesen Gegnern zu verstehen. Mit ihm hat die Kanzlerdemokratie in der von Adenauer geprägten Bedeutung ihren Höhepunkt und zugleich den Endpunkt erreicht.

MEILENSTEINE

LANDESPOLITIKER

Die politischen Erfahrungen in den 1960er Jahren bildeten die Basis für den weiteren politischen Aufstieg: Mit nur 39 Jahren löste Kohl am 19. Mai 1969 zur Hälfte der Legislaturperiode den seit 1947 regierenden Peter Altmeier als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz ab. Zwei absolute Mehrheiten bei den folgenden Landtagswahlen 1971 und 1975 und der Ruf als eifriger und erfolgreicher Wahlkämpfer sowie dynamischer Reformer sorgten für bundesweites Aufsehen.

Kohl machte aus Rheinland-Pfalz ein „junges Land mit Zukunft" und stellte mit der Verwaltungsreform, den Hochschul-Neugründungen und Impulsen in der Sozialpolitik die Weichen neu.

1959 – 1976 | Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz

1960 – 1969 | Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stadtrat von Ludwigshafen

1961 – 1963 | Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

1963 – 1969 | Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

1964 – 1967 | Vorsitzender des CDU-Bezirks Pfalz

1966 – 1974 | Vorsitzender des Landesverbandes der CDU Rheinland-Pfalz

1969 – 1976 | Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

1969 – 1973 | Stellvertretender Parteivorsitzender der CDU

Helmut Kohl hat die Deutschen vor allem durch innenpolitische Leistungen beeindruckt. Er hat als junger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Reformen durchgesetzt, vor denen seine Vorgänger zurückschreckten: Die Auflösung der konfessionellen Trennung der Grundschulen, die weitreichende administrative und territoriale Gebietsreform, die spezifisch landespolitischen Sozialakzente, die Gründung von Hochschulen und Universitäten sind Zukunftsentscheidungen gewesen, die ohne sein Dazutun und seinen kräftigen Zugriff nicht zustande gekommen wären.

Helmut Kohl – Patriot und Europäer

Jean-Claude Juncker

„In Deutschland hat man Helmut Kohl stets unterschätzt."

Die an der Entwicklung der deutschen Parteien Interessierten werden die Modernisierungskur in Erinnerung behalten, der Helmut Kohl seine Partei unterwarf. Als er im Juni 1973 den Vorsitz der Christlich-Demokratischen Union von Rainer Barzel übernahm, erbte er eine Partei von Honoratioren und Ehrenamtsträgern, die der CDU zwar alle Ehre machten, aber keineswegs über die kämpferische und geistige Verfassung verfügten, deren es bedurfte, um im Wettbewerb mit der SPD erfolgreich bestehen zu können. Kohl hat mithilfe seiner Generalsekretäre Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler aus den ewigen CDU-Honoratioren engagierte Mitstreiter gemacht, die sich beherzt der Aufgabe stellten, die bundesdeutsche Parteienlandschaft aufzumischen, die CDU in die Mitte der deutschen Gesellschaft zu tragen und sie mit den Arbeitnehmern – zuungunsten der SPD – und den leistungsfähigen Mittelständlern – zum Nachteil der FDP – auf Dauer zu versöhnen. Helmut Kohl hat die CDU zu einer breiten, alle Volksschichten ansprechenden Volkspartei heranwachsen lassen. Nur so lässt sich das Wahlergebnis der Unionsparteien im Jahre 1976 erklären. Über 48 Prozent! Damals schon ein Traumergebnis. Ein heute unerreichbar erscheinendes Resultat!

Als Bundeskanzler – er wurde am 1. Oktober 1982 in das wichtigste politische Amt der Bundesrepublik Deutschland gewählt – hat er die Deutschen innerhalb kürzester Zeit davon überzeugt, dass alle Vorurteile und Vorverurteilungen, die sich über ihn ergossen hatten, ins Leere liefen. Die SPD und vor allem ihr damaliger Bundeskanzler Helmut Schmidt sowie auch sein CSU-Freund/Feind Franz Josef Strauß hatten ihm jahrelang die Befähigung zum Kanzleramt abgesprochen. Kohl im Bonner Kanzleramt: Für die SPD kam dies einer Horrorvorstellung gleich. Folgerichtig schrieb der SPD-Pressedienst nach Kohls Vereidigung zum Bundeskanzler: „Das Unvorstellbare ist wahr geworden: Helmut Kohl ist Kanzler." Die Sozialdemokraten ahnten bei der Kohl-Wahl nicht, dass sie sechzehn Jahre lang mit dieser Horrorvorstellung abends zu Bett gehen und morgens würden aufstehen müssen.

In Deutschland hat man Helmut Kohl stets unterschätzt. Nicht nur zu Beginn seiner Kanzlerschaft, sondern auch dann noch, als er längst schon solide Führungskraft nach innen unter Beweis gestellt hatte. Nicht einmal die von ihm erfolgreich durchgeführte Konsolidierung der Staatsfinanzen in den ersten Jahren wurde positiv verbucht.

In Europa aber war man von den staatsmännischen Fähigkeiten des Adenauer-Erben stets überzeugt. Im Kreise der EVP und ihrer Regierungschefs wusste man den 1976 zum Oppositionschef gewordenen Ex-Ministerpräsidenten aus Mainz zu schätzen. Innerhalb weniger Jahre hat er sich den Ruf eines höchst zuverlässigen Partners erworben, für den die europäische Integration eine Herzensangelegenheit war. Er hat die christlich-demokratischen Regierungschefs aus

Helmut Kohl wird am 1. Oktober 1982 im Deutschen Bundestag als sechster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland durch Bundestagspräsident Richard Stücklen vereidigt.

Belgien, Italien, Irland, Luxemburg und den Niederlanden angespornt, die europäische Einigung zu vertiefen, lange bevor er selbst zu ihrem Kreise stieß. Sein Netzwerk mit den führenden europäischen Christdemokraten hat er zu Oppositionszeiten zu spinnen angefangen. Die Freundschaften, die er damals geschlossen hatte, wurden Teil des Stoffes, aus dem er später als Kanzler seine diplomatischen Erfolge generierte.

ÜBERDIMENSIONALES ENGAGEMENT FÜR EUROPA

Das überdimensionale Engagement Kohls für Europa lässt sich nicht ohne seine frühen Kindes- und Jugenderfahrungen erklären. Kohl, dessen Vater den nationalsozialistischen Sirenengesängen gegenüber taub geblieben war, hat eigene Kriegserfahrungen gesammelt. Sein Bruder Walter ist im Alter von neunzehn Jahren in Westfalen gefallen: Den Gewalttod des älteren Bruders konnte er nicht einfach ad acta legen, er hat ihn als dramatische Zäsur, als Schlüsselereignis seiner eigenen Vita erlebt und hat später seinem Sohn – auf Vorschlag von Hannelore Kohl – den Namen seines gefallenen Bruders gegeben. Er selbst hat den Zweiten Weltkrieg so erlebt wie Millionen deutsche und europäische Kinder und Jugendliche auch: Als Zwölfjähriger hat er nach den Luftangriffen auf seine Heimatstadt Ludwigshafen Tote und Verwundete geborgen, mit vierzehn musste er das Elternhaus verlassen und landete in einem Berchtesgadener Lager der „Kinderlandverschickung", mit fünfzehn kehrte er nach wochenlangem Marsch in das zerstörte Ludwigshafen zurück, in dem Hunger und Wohnungsnot das Straßenbild bestimmten. Kohl erinnert sich nach Jahrzehnten an die Nachkriegsnot und gibt 1988 zu Protokoll: „Es gab kaum etwas zu essen, es war französische Besatzungszeit […] und da fing ich an, politisch tätig zu werden." Kohl hat als Fünfzehnjähriger beschlossen, Politiker zu werden. Ein paar Tage nach Kriegsende. Weil er das Elend der Jahre 1944 und 1945 nicht ertragen konnte. Und es nie mehr erleben wollte.

Vom ersten Tag seiner Kanzlerschaft an hat Kohl sein ganzes Gewicht in den europäischen Integrationsprozess eingebracht. Noch am Tag seiner Wahl besuchte er den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand in Paris und machte so deutlich, dass er in der deutsch-französischen Freundschaft eine weiterhin unabdingbare Voraussetzung für belastbare Integrationsfortschritte in Europa sah. Zwischen beiden Männern entwickelte sich eine auf gegenseitiger Hochachtung gründende persönliche Freundschaft, die der Europäischen Union insgesamt zugutekam. Kohl hat zu Frankreich eine Sonderbeziehung angestrebt, aber er war feinfühlig genug, diese nicht zu einer alle anderen nachbarschaftlichen Verhältnisse auffressenden Exklusivrelation denaturieren zu lassen. So hat er Wert darauf gelegt, seinem Antrittsbesuch im Élysée-Palast Kurzvisiten in Den Haag, Brüssel und Luxemburg folgen zu lassen. Kohl wusste: Frankreich ist zwar der wichtigste Partner der Deutschen in Europa, Deutschland hat aber daneben viele kleine Nachbarn, deren Befindlichkeiten ernst zu nehmen sind. So hat er es sechzehn Jahre lang gehalten.

Als Helmut Kohl im Oktober 1982 in das Bonner Kanzleramt einzog, lag das europäische Einigungswerk quasi am Boden. Mit dem Unwort „Eurosklerose" wurde der eingetretene integrationspolitische Stillstand beschrieben. Kohl hat sich zu keinem Moment mit der Unlust an Europa abgegeben. Gemeinsam mit Kommissionspräsident Jacques Delors startete er 1985 das Großprojekt „Europa 1992", das zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 führen sollte. Hunderte Richtlinien wurden erlassen, um die Handelsbarrieren zwischen den damals zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft graduell abzubauen. Während seines EG-Ratsvorsitzes schlichtete er 1998 den bitteren Streit, der jahrelang um die Finanzierung der Gemeinschaft getobt hatte. Deutschland musste einen erheblichen Preis für diesen Kompromiss zahlen, einen Preis, den Kohl in direkten Zusammenhang mit den Binnenmarktvorteilen Deutschlands stellte.

FRIEDENSPOLITIK MIT ANDEREN MITTELN

Auf seinen damaligen Vorsitz geht auch der Grundsatzbeschluss zurück, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion konsequent anzustreben. Kohl wollte via Währungsunion den europäischen Einigungsprozess unumkehrbar machen. Staaten, die über eine einheitliche Währung verfügen, so Kohl, führen keine Kriege gegeneinander. Für ihn war die Währungsunion Friedenspolitik mit anderen Mitteln. Den wegweisenden Beschluss, den europäischen Binnenmarkt durch eine einheitliche Währung zu komplettieren, führte er 1988 herbei. Nicht 1990 oder 1991. Trotzdem hält sich die Legende, Kohl habe die Deutsche Mark aufgegeben, um den anderen Europäern, vor allem den Franzosen, die deutsche Wiedervereinigung schmackhaft zu machen. Die Wahrheit ist: Kohl wollte den Euro schon zu einem Zeitpunkt, zu dem niemand ernsthaft an die deutsche Wiedervereinigung dachte. Kohl wollte ihn aufgrund seiner europapolitischen Überzeugungen, und er hat ihn zu den deutschen Stabilitätsbedingungen durchgesetzt.

Im September 1984 reichen sich Bundeskanzler Kohl und Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand auf den einstigen Schlachtfeldern in Verdun zu Ehren der gefallenen Soldaten beider Nationen die Hände.

Von der Forderung, Deutschland in Frieden zu vereinigen, ist Kohl nie abgerückt. Er hat dies Honecker und Gorbatschow gegenüber immer wieder zum Ausdruck gebracht, ja die deutsche Wiedervereinigung regelrecht eingeklagt. Er hat, als die Geschichte ihm dazu die Gelegenheit bot, beherzt und mutig die deutsche Wiedervereinigung betrieben. Dass die anderen Europäer – die fast alle zwischen 1940 und 1945 unter deutscher Besatzung zu leiden hatten – sie nach anfänglicher Gegenrede zustimmend begleiteten, ist dem Savoir-faire von Helmut Kohl zuzuschreiben. Er hat die Bedenken, die die Vereinigungsperspektive in London, Paris und Den Haag provozierte, dadurch abbauen können, dass er sich parallel zur deutschen Einheit mit maximalem Einsatz für die europäische Einheit, das heißt für den EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten, einsetzte. Für die, die dabei waren, als im Dezember 1997 der Europäische Rat in Luxemburg grünes Licht für die Beitrittsverhandlungen gab, bleibt seine Wortmeldung unvergessen: Für ihn, Kohl, den Kanzler der deutschen Einheit, sei die Einheit des Kontinentes ebenso ein Herzensanliegen wie die deutsche Einheit. Deutsche und europäische Einheit seien zwei Seiten einer Medaille.

Die Deutschen verdanken Kohl mehr, als sie wissen. Und die Europäer stehen stärker in seiner Schuld, als sie es ahnen. Kohl ist ein moderner Patriot: Die nationale Sicht der Dinge hat ihm den Blick auf europäische Notwendigkeiten nie versperrt, die kontinentale Dimension hat ihn die deutschen Interessen nie vernachlässigen lassen. Er hat Deutschland und Europa nie als Widerspruch empfunden. Er hat die Deutschen und die Europäer zu ihrem Glück vereint.

MEILENSTEINE

PARTEIVORSITZENDER UND OPPOSITIONSFÜHRER

An die Spitze der Partei wurde Kohl im zweiten Anlauf am 12. Juni 1973 gewählt, nachdem er noch 1971 gegen Rainer Barzel gescheitert war. Unter seinem Vorsitz wurde der „Kanzlerwahlverein CDU" gründlich umstrukturiert und neu aufgestellt. Innere Reformen und programmatische Weiterentwicklung brachten die CDU auf den Weg einer Mitgliederpartei.

Aus der Position des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und CDU-Bundesvorsitzenden stellte sich Helmut Kohl einer neuen Herausforderung: Am 19. Juni 1975 nominierten ihn die Präsidien von CDU und CSU in gemeinsamer Sitzung als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl. Kohl erreichte 1976 mit 48,8 % das zweitbeste Bundestagswahlergebnis in der Geschichte der Union, doch verpasste er knapp die absolute Mehrheit; Helmut Schmidt blieb Kanzler der sozialliberalen Koalition. Kohl gab seine Ämter in Rheinland-Pfalz auf und ging als Oppositionsführer nach Bonn.

1971 | Erstmalige Kandidatur um den Parteivorsitz der CDU gegen Rainer Barzel

1973 – 1998 | Parteivorsitzender der CDU

1976 | Erste Kanzlerkandidatur bei der Wahl zum Deutschen Bundestag

1976 – 2002 | Mitglied des Deutschen Bundestags für den Wahlkreis Ludwigshafen

1976 – 1982 | Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die europäische Integration ist für die deutsche Außenpolitik der Ära Kohl gleichermaßen Fundament und Orientierungsgröße. Es geht nicht nur um die Weiterentwicklung Europas in Richtung Politische Union, sondern auch um die Friedenssicherung im engen Zusammenhang mit der Westbindung und der Deutschlandpolitik. Denn die Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer freiheitlichen europäischen Zukunftsordnung ist das Ziel. Dabei spielt das deutsch-französische Verhältnis eine Schlüsselrolle.

Europäische Integration

Die Regierung Kohl macht die Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaftsbildung zur außenpolitischen Hauptaufgabe. Historisch läßt sich die Ära Kohl in ihrer europapolitischen Aufbruchsdynamik nur mit der Ära Adenauer vergleichen. Damals die Römischen Verträge (1957) zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), hier der Vertrag von Maastricht (1992) zur Gründung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Im Verlauf der achtziger Jahre gelingt die Überwindung der „Eurosklerose". 1983 verabschieden die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft unter deutschem Vorsitz die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union". 1985 kommt mit der Einheitlichen Europäischen Akte das erste große Reformwerk auf den Weg. Die enge Abstimmung mit Frankreich ist Motor des Fortschritts. Auf dem 50. deutsch-französischen Gipfel 1987 vereinbaren Kohl und Mitterrand die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade.

Als 1990 über die deutsche Einheit verhandelt wird, trägt die europapolitische Zuverlässigkeit der Regierung Kohl viel dazu bei, um die bei manchen Nachbarn bestehenden Vorbehalte gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands zu überwinden.

Mit dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa erhält die Politik der europäischen Integration eine neue Dimension. Die „Charta von Paris" der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) verkündet das Programm für ein „neues Europa" (1990). Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, die Reformstaaten an die Europäische Gemeinschaft heranzuführen. Dabei kommt der Aussöhnung Deutschlands mit Polen besondere Bedeutung zu.

Mit der Unterzeichnung der Verträge über die Europäische Union (EU) am 7. Februar 1992 (Maastrichter Vertrag) und am 17. Juni 1997 (Amsterdamer Vertrag) sowie mit der Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 erlebte die Europapolitik der Ära Kohl ihre größten Erfolge.

Als „Kanzler der Einheit" hat Helmut Kohl seinen unverrückbaren Platz in der Geschichte, zumal unter den weltpolitischen Aspekten der deutschen Vereinigung. Aussöhnungs- und Freundschaftsverträge mit Staaten des Warschauer Pakts werden möglich. Jacques Santer, Präsident der Europäischen Kommission, attestierte Helmut Kohl am 3. Oktober 1998, dass die deutsche Vereinigung von entscheidender Bedeutung für den europäischen Einigungsprozess gewesen ist. Das renommierte New Yorker „East-West-Institute" ehrte ihn als „Staatsmann des Jahrzehnts", der amerikanische Präsident Bill Clinton zeichnete ihn als ersten Deutschen mit der Freiheitsmedaille aus, der höchsten zivilen Auszeichnung der Vereinigten Staaten von Amerika.

MEILENSTEINE

BUNDESKANZLER IN DER ALTEN BUNDESREPUBLIK

Als sich die Krise der SPD/FDP-Koalition unter Helmut Schmidt zuspitzte, gab es das erste erfolgreiche konstruktive Misstrauensvotum gegen einen Bundeskanzler: Helmut Kohl wurde am 1. Oktober 1982 zum 6. Kanzler der Bundesrepublik gewählt, die Koalition von Union und FDP danach bei den Bundestagwahlen bis 1998 immer wieder bestätigt. In der ersten Hälfte der Regierungszeit wurden die Staatsfinanzen saniert, die Steuerbelastung gesenkt, die Wirtschaftsdynamik ließ die Zahl der Erwerbstätigen um 1,3 Millionen steigen. Die Inflation ging zurück, die Preise blieben stabil. Aufgrund der demografischen Herausforderungen wurde die gesetzliche Rentenversicherung neu geordnet. Erstmals fanden Erziehungsleistungen der Mütter in der Rentenversicherung Anerkennung. Der Umweltschutz erhielt ein eigenes Ministerium. Die im März 1985 auf dem Essener Bundesparteitag beschlossenen Leitlinien zur neuen Partnerschaft von Mann und Frau legten den Grundstein für eine moderne Frauen- und Familienpolitik. Eine medienpolitische Grundsatzentscheidung wurde durch die Zulassung von privaten Fernsehprogrammen gefällt.

1. Oktober 1982 | Wahl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

1982 – 1998 | Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

1983 | Gewährung eines Milliardenkredits an die DDR | Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses durch die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland | Verabschiedung der „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union" durch die Staats- und Regierungschefs der 10 EG-Mitgliedstaaten in Stuttgart

1984 | Treffen mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand auf dem Soldatenfriedhof von Verdun

1985 | Besuch mit US-Präsident Ronald Reagan in Bergen-Belsen und in Bitburg | Billigung der „Einheitlichen Europäischen Akte" durch die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten zur ersten umfassenden Reform der Römischen Verträge

1986 | Unterzeichnung des Schengener Abkommens

1987 | Besuch von Ronald Reagan in Berlin | Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Bonn | Bildung einer Deutsch-Französischen Brigade | INF-Vertrag zwischen den USA und der UdSSR

1988 | Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen gemeinsam mit François Mitterrand

Michael Stürmer

„Die Geschichte des 9. November und seine Vorgeschichte verliefen nicht nach Plan und nicht in festen Gleisen.”

Der Kanzler der Einheit

Zwanzig Jahre später reden alle über die Einheit; nur wenige reden über Helmut Kohl. Aber er war es und niemand sonst, der als Kanzler seit 1982 in West und Ost Vertrauen erworben hatte, namentlich in dem Ringen um die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckensysteme Pershing II gegen die sowjetischen SS 20.

Die sogenannte INF-Krise (Intermediate Nuclear Forces) lag gerade einmal drei Jahre zurück, das letzte große Kräftemessen zwischen sowjetischem Landimperium und amerikanischer See-Allianz, und es war nicht sicher, ob, wenn die Sowjetunion die historische Bühne verließ, sie dies mit einem Seufzer tun würde oder mit einem Knall. Seit dem 9. November 1989 in Berlin war das Weltsystem des Kalten Krieges aus den Angeln gehoben. Ein neues war nicht in Sicht.

In der Krise aller Krisen, als die tektonischen Platten des östlichen Imperiums aufbrachen und niemand wusste, wie es weitergehen sollte, galt das Wort des deutschen Bundeskanzlers, dass er das künftig vereinigte Deutschland in den westlichen Systemen der NATO und der Europäischen Union „einbinden" würde – so das oft wiederholte Wort. In seiner Rede am 3. Oktober 1990 in der Philharmonie zu Berlin hat Kohl auf alle Töne des Triumphs und des Auftrumpfens verzichtet und, soweit er es vermochte, versichert, dass Deutschland nie wieder „ruheloses Reich" sein würde. Wie kann es dann sein, dass zwanzig Jahre danach der Kanzler der deutschen Einheit nahezu hinter seinem Werk verschwindet?

Die kurze Antwort lautet: Die Diplomatie der Krise, die zur Einheit führte, war erfolgreich – zu erfolgreich, um Raum für die Frage zu lassen, was daran innere Logik, Revolution von unten oder große Staatskunst war im Dreieck Weißes Haus in Washington, Kreml in Moskau und Bonner Kanzleramt. Peter Boenisch, damals Staatssekretär im Kanzleramt und Sprecher Kohls, hat einen Satz von Eduard Schewardnadse überliefert, letztem Außenminister der ehemaligen Sowjetunion, der die Höhe des Einsatzes verdeutlicht: „Peter, es ging 1989/90 nicht um deutsche Einheit oder Nicht-Einheit. Es ging um deutsche Einheit oder Krieg – Atomkrieg."

ENDE DES BIPOLAREN SYSTEMS

In einem Wort: Nichts musste so kommen, wie es dann kam. Vieles hätte auch anders abgehen, möglicherweise in Krise und Katastrophe enden können. Denn als am 9. November 1989 die Mauer fiel, war dies nicht Endpunkt, sondern Wendepunkt aus der Statik des bipolaren Systems in die Dynamik einer unbekannten, unberechenbaren und unkontrollierbaren Zukunft, wo alles auf dem Spiel stand. Der Mauerfall war Höhepunkt der größten und gefährlichsten Ost-West-Krise seit 1945 – eingeschlossen zwei Berlin-Krisen und die Kuba-Krise. Der Grund: Was auf dem Spiel stand, war nicht nur die Existenz der DDR als westliches Mittelstück im imperialen Bogen des russischen Reiches. Es war, in unabweislicher Folge, zuerst die Existenz des äußeren Imperiums und, wenn dieses einstürzte, des inneren Sowjetreiches. Wenn Imperien stürzen, das galt damals, und das gilt noch immer, tun sie es nicht friedlich-schiedlich, sondern gewöhnlich mit einem letzten Gefecht. Dass es

Tausende feiern am 22. Dezember 1989 die Öffnung des neuen Grenzübergangs am Brandenburger Tor.

dazu nicht kam, war nahezu ein Wunder – „der Mantel Gottes, der durch die Geschichte geht", so zitierte damals Kohl den größten seiner Vorgänger, Bismarck. Der fromme Katholik Kohl meinte, was er sagte.

INNENPOLITISCHES SCHACHSPIEL

Und damit zur langen Antwort, die mit der inneren Lage der Christlich-Demokratischen Union, der Koalition Kohl/Genscher und des ganzen Landes beginnt. Kohl hatte, nachdem die Sozialliberalen im Spätsommer die Scheidung eingereicht und ihm das Kanzleramt geöffnet hatten, auf Wahlen so bald wie möglich bestanden, auch wenn die Verfassung dem zunächst im Wege zu stehen schien. Er wollte sich und der Koalition mit den Liberalen für die innere „Wende" und den NATO-Doppelbeschluss über die Stationierung von Mittelstreckenraketen Mandat und Legitimation beschaffen. Diese Wahlen gingen im März 1983 triumphal an die neue Koalition. Dasselbe wiederholte sich vier Jahre später, nicht zuletzt dank unerwartet stürzender Ölpreise.

Als Vorsitzender der Union war Kohl indessen im Frühsommer 1989 nicht mehr unangefochten. Niemand fühlte sich zu Dankbarkeit verpflichtet. Wie sonst hätten malkontente Politiker, die nach einem Nachfolger suchten, auf dem Bremer Parteitag jenes Jahres eine Art Palastrevolte anzetteln können – die sie allerdings verloren und mit zeitweiliger Verbannung von Hofe büßten? Sie hatten entscheidend unterschätzt, dass Kohl der Meister des telefonischen Netzwerks war, der Patronage und des Aufbaus persönlicher Loyalitäten. So erfuhr er beizeiten, was in der Luft lag, und plante seine Gegenzüge auf dem parteipolitischen Schachbrett. Für einen matten König war es zu früh. Zudem konnte er dem Parteitag Frohbotschaft von den ostdeutschen Flüchtlingen verkünden.

Wie immer das innerparteiliche Spiel weitergehen würde, zu dem auch kontrollierte Konflikte mit dem liberalen Koalitionspartner/-gegner gehörten – die Weltpolitik sollte inter-

venieren und am meisten in Deutschland und Berlin. „Nichts mehr wird sein, wie es vordem gewesen" – so überschrieb Willy Brandt, als die Erschütterungen des nationalen und internationalen Gefüges noch in vollem Gange waren, das Nachwort zu seinen Erinnerungen. Willy Brandt, der nach dem 9. November einer der wichtigsten Vertrauten des Kanzlers geworden war, so als könne es nicht anders sein. „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört": Das Wort gab die Richtung an, die wie in einer stillen Großen Koalition der Kanzler und sein sozialdemokratischer Vor-Vorgänger gemeinsam erfassten. Brandt hat seitdem auch innerparteiliche Konflikte nicht gescheut, wahrscheinlich die SPD vor dem Zerreißen gerettet und Oskar Lafontaine, einst Ziehsohn und Hoffnungsträger, öffentlich in den Senkel gestellt.

DIE DEUTSCHE FRAGE

Um Kohls Zurückhaltung vor dem 9. November 1989 und seine Umsicht in den nächsten 273 Tagen bis zur staatsrechtlichen Einheit zu begreifen, muss man nicht nur die Anlage der deutsch-deutschen Deutschlandpolitik zu Zeiten des Kalten Krieges begreifen, sondern auch die Tatsache, dass es im Kalten Krieg nicht allein um Ideologien ging, auch nicht nur um ferne Weltgegenden wie Vietnam oder Korea, Ägypten, Mosambik oder Angola, sondern in seinem europäischen Zentrum um die alte deutsche Frage, wem Deutschland gehört und wohin die Deutschen gehören.

Deutschland war für die zerstrittenen Sieger des Zweiten Weltkriegs immer zu wichtig, um es dem Antagonisten zu überlassen – oder aber in Neutralität sich selbst und allen Versuchungen der Schaukelpolitik, ja der Schiedsrichterrolle zwischen Ost und West. In der globalen Auseinandersetzung zwischen dem russischen Bären und dem amerikanischen Seeadler war Deutschland geostrategischer Dreh- und Angelpunkt. Daraus folgte: Wem Berlin gehörte, dem würde Deutschland gehören. Und wem Deutschland gehörte, der würde die Erde erben – oder jedenfalls den europäischen Teil derselben. Der erste NATO Generalsekretär Lord Ismay hat seinerzeit auf die Frage, wozu die NATO gut sei, die klassische Antwort gegeben: „To keep the Americans in, the Russians out and the Germans down."

Das alles war Helmut Kohl, der sich als Enkel Adenauers begriff, so schmerzhaft bewusst wie dem ersten Bundeskanzler. Kohl hatte 1973, kaum Vorsitzender geworden, die Union durch Rücktrittsdrohung gezwungen, die Ostpolitik der Sozialliberalen als Teil und Mittel weltpolitischer Entspannungspolitik anzunehmen. Als Kanzler seit 1982 führte er Deutschlandpolitik – wie der Vorgänger Helmut Schmidt – vom Kanzleramt aus. Das hing mit dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag von 1973 zusammen, der die Deutschlandpolitik im Schwebezustand zwischen Innen- und Außenpolitik definierte. Dem Bonner Ministerium für gesamtdeutsche Fragen blieb das Management der Teilung nach den operativen Vorgaben aus dem Kanzleramt.

Eine Wahlkundgebung der „Allianz für Deutschland" am 6. März 1989 in Magdeburg aus Anlass der ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990, …

SOWJETISCHER ZERFALL

Den Namen des Landwirtschaftsexperten aus Saratow, Michail Gorbatschow, hat Kohl wohl erstmals vernommen, als er zum Arbeitsbegräbnis Leonid Breschnews in Moskau war, im Herbst 1982. Da erfuhr er auch, dass der neue Mann als Nachfolger vorgesehen sei mit der Aufgabe, das Imperium zu erneuern.

Seitdem hat Kohl, anfangs mit Misstrauen, die halbrevolutionären Veränderungen in Moskau und ihre Auswirkungen auf die Welt wahrgenommen. Außenminister Genscher sprach 1987 in Davos von der Jahrhundertchance dieser Reformen, und Kohl hat seinem eigenwilligen Außenminister nicht widersprochen. Er hat aber auch die Mahnung Bismarcks beherzigt, keine unreifen Früchte abzuschlagen: Der Zusammenbruch der DDR ließ sich ahnen, aber auch dass ein direkter Zusammenhang bestand mit Niedergang und Misere des Sowjetsystems. Der Krieg in Afghanistan schleppte sich blutig hin, die Rote Armee, von der Wirtschaft nicht zu reden, hing bei den Mikroprozessoren um Jahrzehnte zurück, und als 1985 der Ölpreis einbrach und 1986 Tschernobyl brannte, wurde aus Gorbatschows radikaler Reform von oben ein fortschreitender Zerfall, kaum noch steuerbar außer durch nackte Gewalt. Die aber musste Gorbatschow scheuen. Als Kohl im Oktober 1988 in Begleitung der Spitzen der deutschen Wirtschaft nach Moskau flog, hofften die führenden Russen, irgendwie könne die Deutschland AG das bröckelnde Imperium noch retten.

ÖFFENTLICHE ZURÜCKHALTUNG

Sollte in dieser Lage Kohl über alle Kanäle Triumph verkünden und Arbeitsstäbe einrichten? Wer die zwei Jahrzehnte danach publizierten britischen Dokumente über die Diplomatie der Jahre 1989/90 kennt, der kann sich vorstellen, wie die Reaktion in Downing Street 10 oder im Elysée-Palast ausgefallen wäre. Eines jedenfalls ist sicher: Alles wäre anders gekommen. Hat man im Kanzleramt Kohls nichts geahnt, nichts gewusst, nichts vorbereitet? Das ist eine unpolitische, ja unhistorische Frage. Die Geschichte des 9. November und seine

… bei der auch Bundeskanzler Helmut Kohl spricht.

Bundeskanzler Helmut Kohl und der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow unterzeichnen am 9. November 1990 den Vertrag zur Deutschen Einheit.

Vorgeschichte verliefen nicht nach Plan und nicht in festen Gleisen. Ein Masterplan für die Weltgeschichte mag zwar ästhetischen Ansprüchen genügen, aber er ist logische und politische Unmöglichkeit. Dem Kanzleramt lagen seit dem Spätsommer 1988 Studien vor über die Nicht-Zukunft der DDR. Was aber war zu tun? Es gab unter Wolfgang Schäubles Vorsitz – Anlass war die „Transitpauschale", die die DDR zugleich erhöhen und verpfänden wollte – Besprechungen zum Thema Endspiel, streng vertraulich an langen Abenden im Kanzleramt. Doch sie endeten unweigerlich mit der Erkenntnis, dass die Entwicklung zuerst und zuletzt von Moskau abhing, dass es nicht Sache der Bundesregierung war, das Drama zu beschleunigen, und dass man Mutmaßungen über die Zukunft am besten Presse und Öffentlichkeit überließ.

Diese Linie – nachzulesen im Dokumentenband des Bundeskanzleramts über das Jahr der Einheit – hat sich im Großen und Ganzen als richtig erwiesen. Doch erklärt sie zugleich, warum bis zum 9. November Kanzler und Kanzleramt äußerste Zurückhaltung übten und warum in der historischen Rückschau die steuernde Rolle des Kanzlers und des Kanzleramts bis heute unterbewertet bleibt.

MIT UMSICHT ZUR EINHEIT

Der Kanzler hat nach dem 9. November sich selbst, dem Land und dem Rest der Welt Zeit gelassen mit der Antwort auf die alles bestimmende Frage: Wie weiter? Aus Moskau kam Nikolai Portugalow angereist, vieldeutiger Mann in der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees, um Genaueres zu erfragen und zugleich sowjetische Gesprächsbereitschaft anzudeuten: nicht nur über ein Nein zur Einheit, sondern auch über ein Vielleicht, einen Plan B. Denn die Kreml-Führung wollte das große Spiel nicht den Deutschen überlassen und auch nicht dem Westen. Letzteres blieb den Amerikanern nicht verborgen. Außenminister Baker und Präsident Bush via National Security Council taten seitdem alles, die kommende deutsche Einheit im Rahmen von NATO und Europäischer Gemeinschaft zu verankern gegen mögliche, nicht nur theoretische Versuchungen der deutschen Politik, für die Einheit mit NATO-Mitgliedschaft zu zahlen. Unterdessen im Kanzleramt, während am Horizont des Handels die Einheit aufstieg, der taktische Konsens: Die Deutschen sollten nicht erscheinen als die aktionistischen Beweger und Dränger. Und als dann am 28. November 1989 – Tag der Haushaltsdebatte im Bundestag – der Kanzler den am Wochenende zuvor im kleinsten Kreis ausgearbeiteten Zehn-Punkte-Plan vortrug, resümierte er, fast professoral, sämtliche Rechtspositionen – von der Potsdamer Konferenz 1945 bis zur Helsinki-Schlussakte 1975 – die für Selbstbestimmung und deutsche Einheit sprachen, ohne doch eine konkrete Straßenkarte dahin zu entwerfen und ein Datum zu nennen. Auf der Ebene der großen Politik gab es mehr Fragen als Antworten, während auf den Straßen und Marktplätzen im östlichen Deutschland die Menschen, als gäbe es eine geheime Verabredung, wie von selbst die Richtung veränderten: „Wir sind das Volk!", so hatte es den SED-Oberen lange schon in den Ohren gegellt. Dann aber hieß es „Wir sind EIN Volk": Das war der Ruf, der bald darauf alles vorantrieb.

Als der Kanzler wenige Tage vor Weihnachten in Dresden sprach vor den Ruinen der Frauenkirche, sah er die grünweißen sächsischen Fahnen und Schwarz-Rot-Gold mit einem Loch statt Hammer und Zirkel. Das hat den Politiker, dem sentimentale Stimmungen nicht fremd waren, tief bewegt. Von da an ging es nur noch um eines: aus dem Niedergang der Sowjetunion und der Weltkrise jener Tage die Einheit im Westen zu gewinnen.

Kanzler der Einheit, aber zu europäischen Konditionen: Niemand kann zählen, wie oft Kohl das Wort Konrad Adenauers aus den frühen Jahren der Republik wiederholt hat, die deutsche Einheit und die europäische Integration seien zwei Seiten derselben Medaille. Recht hat er gehabt und Erfolg dazu. Wenn die Deutschen dieses Vermächtnis einmal vergessen, dann sind die besten Zeiten vorbei.

Michail Sergejewitsch Gorbatschow

Helmut Kohl zum 80. Geburtstag

Es war im Herbst 2009 in Berlin: Die Deutschen feierten den zwanzigsten Jahrestag des Falls der Berliner Mauer, der den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands eröffnete. Zu den Feierlichkeiten in Berlin waren über dreißig Präsidenten und Premierminister aus der ganzen Welt eingeladen und anwesend, auch der Präsident Russlands, Dmitri Medwedew, der Präsident Frankreichs, Nicolas Sarkozy, der Premierminister Großbritanniens, Gordon Brown, und die den Präsidenten Obama vertretende Hillary Clinton. Als Gastgeber traten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Horst Köhler auf.

Partner in der politischen Arena

Die Führer der genannten Staaten hatten sich aktiv an den Ereignissen vor zwanzig Jahren beteiligt. Ihre Arbeit erwies sich auch deshalb als fruchtbringend, weil die gegenseitigen Verdächtigungen durch die Bereitschaft zu aufrichtiger Zusammenarbeit abgelöst wurden. Wir haben nicht als politische Gegner, sondern als Partner gehandelt. Und hier möchte ich den damaligen Bundeskanzler, unseren Jubilar Helmut Kohl, hervorheben. Bis zur Mitte der Achtzigerjahre waren wir mit Herrn Kohl praktisch nicht bekannt. Es fand ein kurzes Treffen statt, als er zur Beerdigung von Tschernenko nach Moskau kam, und dann trat eine lange Pause ein.

Helmut Kohl und ich haben viel Gemeinsames: Wir sind fast gleichaltrig, der Unterschied beträgt ein Jahr. Wir sind beide „Kinder des Krieges", erlebten als Halbwüchsige die russisch-deutsche Tragödie, die durch die Hitler'sche Aggression gegen die Sowjetunion hervorgerufen wurde. Wir haben uns beide der Politik gewidmet, haben ihr einige Jahrzehnte unseres Lebens gegeben. Beide befanden wir uns auf dem Höhepunkt des „Kalten Krieges" in hohen Positionen. Als ich den höchsten Posten in der UdSSR einnahm, wusste ich schon, dass ich alles tun würde, um positive Veränderungen im Leben meines Landes zu erzielen und seine Außenpolitik zu verändern: die Beendigung des tödlichen Wettrüstens zu erreichen, den „Kalten Krieg" zu beenden. Ich habe meine Ziele nicht verheimlicht, sondern offen über sie gesprochen. Nicht alle haben sie geglaubt – sowohl innerhalb meines Landes als auch außerhalb seiner Grenzen.

Auch Helmut Kohl konnte es nicht glauben – offenbar hatte ihn damals das Denkschema des „Kalten Krieges" stark erfasst. Viele erinnern sich an das, was daraus folgte. Kohl erklärte öffentlich, dass die Äußerungen des sowjetischen Generalsekretärs keinen Glauben verdienten, dass das sozusagen Propagandageschwätz im Stil eines Joseph Goebbels sei. Wir haben das nicht einfach als politische Beleidigung aufgenommen, sondern als demonstrative Weigerung, die Beziehungen zu der Sowjetunion zu verbessern. Und haben unserseits unsere Kontakte mit der Regierung der BRD „eingefroren".

Gleichzeitig entwickelten sich unsere Beziehungen zu anderen europäischen Staaten und auch zu den USA stürmisch. Schließlich kam Lothar Späth, der Stellvertreter Kohls in der CDU, nach Moskau und gab zu verstehen, dass die politische Führung der BRD in Schwierigkeiten sei. Wenn Moskau weiterhin die BRD ignoriere, sagte er, dann werde das katastrophale Konsequenzen haben.

16. Juli 1990: Der Staatspräsident der UdSSR, Michail Gorbatschow (M.) billigt dem im Prozess der Wiedervereinigung stehenden Deutschland die volle Souveränität und Nato-Zugehörigkeit zu. Im Bild rasten Bundeskanzler Kohl, Bundesaußenminister Genscher und Gorbatschow während eines Spaziergangs in der Nähe der privaten Datscha Gorbatschows bei Archys im Kaukasus.

Bald darauf kam ein Brief von Kanzler Kohl, in dem er sich faktisch entschuldigte, allerdings die Hauptschuld den Journalisten zuschob. Und dann kam Kohl zu einem Besuch nach Moskau. Wir verbrachten einige Stunden miteinander. Und schon nach dem ersten Treffen entstanden die Keime des Vertrauens, die uns danach halfen, effektiv in einer so komplizierten Angelegenheit wie der Normalisierung der bilateralen Beziehungen und der Annäherung an die deutsche Einheit zusammenzuarbeiten.

Was geschah während dieser ersten Verhandlungen? Es gibt protokollarische Aufzeichnungen, sie sind veröffentlicht, und wen es interessiert, der kann sie lesen. Hier aber sage ich ganz kurz: Kohl erschien mir als ein Mensch, der fähig war, offen und aufrichtig zu sein. Ein solcher Charakterzug ruft immer Sympathie hervor. Gleichzeitig sah ich, dass er ein großer Politiker war, der über alle notwendigen Informationen verfügte und einen analytischen Verstand besaß. Mit der Zeit überzeugte ich mich auch davon, dass er ein hohes Verantwortungsgefühl hatte. In der Regel verletzte er die übernommenen Verpflichtungen nicht. Natürlich gab es auch Ausnahmen von dieser Regel. Zum Beispiel waren die zehn Punkte über die deutsche Einheit, die Kohl Ende 1989 verkündete, für mich eine Überraschung, die unsere Absprache verletzte (wir hatten verabredet, keine großen Schritte zu unternehmen, ohne es einander vorher mitzuteilen). Wir haben scharf darauf reagiert. Dann habe ich erfahren, dass es auch für Genscher, den Bündnispartner Kohls in der Regierungskoalition, eine Überraschung war und sich dahinter zudem noch ein innenpolitischer Schachzug verbarg. Aber in der überwiegenden Mehrheit der Fälle vertrauten wir einander, und mein Partner Helmut Kohl rechtfertigte mein Vertrauen.

Allmählich entwickelten sich persönliche freundschaftliche Beziehungen. Wir trafen uns regelmäßig, auch nachdem ich meinen Posten 1991 verlassen hatte, Kohl aber noch Kanzler war, und auch nach 1998, als er nach der Wahlniederlage in den Ruhestand ging.

Im letzten Jahr musste unser Kontakt eine längere Zeit ruhen: Kohl war ernsthaft krank. Gerade deshalb war ich besonders froh, als die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit dem Verlagshaus Axel Springer am 31. Oktober 2009 ein Treffen Bush/Kohl/Gorbatschow in Berlin organisierte. In dieser Zusammensetzung haben wir uns schon vor zehn Jahren getroffen. Jetzt sind wir alle älter geworden, Kohl kam nach seinem Unfall im Rollstuhl. Aber jeder von uns freute sich aufrichtig über das erneute Treffen. Wir erinnerten uns an die schwierigen, aber spannenden Tage der gemeinsamen Arbeit im Interesse des Friedens und der Zusammenarbeit der Menschen.

1800 Menschen, die sich auf der Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Friedrichstadtpalast versammelt hatten, begrüßten uns alle drei, aber besonders warm applaudierten sie Helmut Kohl. Er hielt eine starke und gleichzeitig rührende Rede. Dann streckte er mir und George Bush die Hände entgegen. Es war ein dreifacher Händedruck. Der Saal erhob sich von den Plätzen. Viele hatten Tränen in den Augen.

Ich habe oft gesagt, dass es keine glücklichen Reformer gibt. Aber sie haben Minuten des Glücks. Eine solche Minute des Glücks gab es an jenem Tag für meinen Partner und Freund Helmut Kohl. George Bush und ich und alle Anwesenden haben sie geteilt.

HK MEILENSTEINE

KANZLER DER EINHEIT

Stets hatte Kohl die deutsche Frage offen gehalten, sich nicht mit der Zweistaatlichkeit abgefunden und die Präambel des Grundgesetzes als Auftrag begriffen. Nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 übernahm Kohl mit seinem Zehn-Punkte-Plan die deutschlandpolitische Initiative. Die erste und zugleich letzte freie Volkskammerwahl am 18. März 1990 setzte ein deutliches Signal für die mit der CDU kooperierende Allianz für Deutschland.

Das Vertrauen und die Freundschaft zu Michail Gorbatschow, George Bush, François Mitterrand und anderen Partnern waren die Basis für die Zustimmung zur Deutschen Einheit. Als europäischer Visionär verankerte Kohl die gesamte Bundesrepublik im westlichen Bündnissystem. Die größte Herausforderung nach der staatsrechtlichen Einheit bestand in der ökonomischen, sozialen und emotional inneren Zusammenführung der nunmehr sechzehn Bundesländer. Notwendige innenpolitische Reformen wurden von einer SPD-geführten Mehrheit im Bundesrat zunehmend blockiert. Dennoch wurden Post und Telekommunikation erfolgreich privatisiert, der Arbeitsmarkt dereguliert, die Unternehmenssteuern reformiert, die Sozialversicherungssysteme an die demografische Entwicklung angeglichen.

1989 | Öffnung der Mauer | Vorlage des 10-Punkte-Programms zur Wiedervereinigung Deutschlands

1990 | Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion | Einigungsvertrag | Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags | Wiedervereinigung Deutschlands | Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen | Wahl zum ersten Bundeskanzler des wiedervereinigten Deutschlands

1991 | Maastrichter Vertrag: Gründung der EU und Beschluss über die Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa

1994 | Verabschiedung des Grundsatzprogramms der CDU „Freiheit in Verantwortung" | Abzug der letzten russischen Truppen aus Berlin

1997 | Vertrag von Amsterdam: Vertiefung der politischen Union

1998 | Niederlage der CDU/CSU bei der Wahl zum Deutschen Bundestag; Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden der CDU | Ernennung zum zweiten Ehrenbürger Europas nach Jean Monnet

DIE AUTOREN

George H. W. Bush war von 1989 bis 1993 der 41. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Michail Sergejewitsch Gorbatschow war von 195 bis 1991 Generalsekretär der KPdSU und von 1990 bis 1991 Staatspräsident der Sowjetunion. Seit 1992 ist er Präsident der Gorbatschow Foundation für internationale politische Studien.

Jean-Claude Juncker ist seit 1995 Premierminister des Großherzogtums Luxemburg.

Henning Köhler ist Professor für Neuere Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin

Angela Merkel ist Vorsitzende der CDU Deutschlands und Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

Hans-Gert Pöttering war von 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments und ist seit Januar 2010 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Hans-Peter Schwarz war Ordinarius für Politische Wissenschaft an den Universitäten Hamburg, Köln und Bonn. Gastprofessuren in Oxford, Washington und an der Johns-Hopkins-Universität in Bologna.

Michael Stürmer ist Historiker, seit 1989 Chefkorrespondent der „Welt", „Welt am Sonntag" und „Welt online", Berlin.

Bernhard Vogel war von 1976 bis 1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und von 1992 bis 2003 Ministerpräsident des Freistaates Thüringen. Er war viele Jahre Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (1989 bis 1995 und 2001 bis 2009) und ist seit Januar 2010 ihr Ehrenvorsitzender.

Die Beiträge der Autoren Bush, Gorbatschow, Juncker, Köhler, Merkel und Stürmer sowie Pöttering und Vogel sind der Politischen Meinung, Heft Nummer 485/April 2010 entnommen.

IMPRESSUM

Herausgeber
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 02241/246-0
Telefax: 02241/246-2591

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: 030/26996-0
Telefax: 030/26996-3261
E-Mail: publikationen@kas.de

Verantwortlich
Walter Bajohr

Gestaltung
SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck
Sutorius Printmedien GmbH, Köln

Bildnachweis
Ulrich Baatz: Seite 26
Daniel Biskup: Titelseite, Seite 3
Bundesbildstelle: Seite 15, 24, 25, 27, 31, 32, 37, 38, 39 links, 41
Bundesarchiv: Seite 25
www.bilder.cdu.de: Seite 9
dpa/picture alliance: Seite 10, 27 rechts, 28 links, 30, 34, 39 rechts
fotolia: Seite 21, 23
Marco Urban: Seite 12, 40
Sven Simon: Seite 16 (unten rechts)
Alle anderen:
Bildarchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
Hans-Peter Schwarz (Seite 14-19)

ISBN 978-3-941904-51-4

www.kas.de

„DIE PFALZ IST SEINE HEIMAT,
DEUTSCHLAND SEIN VATERLAND,
EUROPA UNSERE ZUKUNFT.“

Bernhard Vogel

Konrad
Adenauer
Stiftung